

Elbkurier

Informationsblatt des **CDU-Kreisverbandes Magdeburg**

AUS DEM INHALT



Die schnellsten Rennfahrer der Welt tragen Qualitätsprodukte aus Magdeburg → 2

Mißfelder: „Unsere Leistungsbilanz kann sich sehen lassen“ → 5

Angela Merkel: „Wir tun unsere Arbeit für die Menschen“ → 6



Thomas Webel führt weiter die CDU Sachsen-Anhalt → 7

Dieses Schulgesetz braucht kein Schüler im Land → 11



Erinnerung braucht Engagement und Ideen. Riga-Komitee → 13

Aufbau Ost hat mit der CDU einen starken Partner → 16



Frauen Union spendet 2012 an Mutter Teresa Haus → 18

Tobias Krull bleibt Vorsitzender in der „Herzkammer der CDU Sachsen-Anhalt“

Tobias Krull bleibt Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Magdeburg. Mit einem überwältigenden Ergebnis von 96 % der Stimmen wurde der 35-Jährige am 17. November 2012 bei der Kreismitgliederversammlung im Kulturwerk Fichte wiedergewählt.

Zuvor hatte er in seinem Rechenschaftsbericht nicht nur Bilanz über die vergangenen zwei Jahre gezogen, sondern auch klar den Anspruch formuliert, dass die CDU bei allen anstehenden Wahlen stärkste Kraft in der Landeshauptstadt werden soll. In den nächsten Monaten gelte es daher, die Kommunalwahl 2014 inhaltlich und organisatorisch intensiv vorzubereiten: „Wir wollen und werden hart und engagiert für unsere Ziele arbeiten.“ Dabei setzt Krull auf den Dialog mit den Menschen in Magdeburg. „Wir werden das sich in Arbeit befindliche Kommunalwahlprogramm mit den Bürgerinnen und Bürgern offen diskutieren“, kündigte er an.

Eine positive Bilanz zog der Verwaltungsfachwirt vor 85 erschienenen Mitgliedern von seinen ersten beiden Jahren als Kreisvorsitzender. Als Erfolg nannte er, dass bei der Landtagswahl 2011 drei Direktmandate in Magdeburg gewonnen werden konnten. Auch die Vielzahl von attraktiven öffentlichen Veranstaltungen mit Rednern wie dem Bun-

destagsabgeordneten Wolfgang Bosbach und dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Phillip Mißfelder, könnten auf der „Haben-Seite“ verbucht werden. Zudem gab sich der Kreisverbandschef zuversichtlich, dass nach der Klärung der juristischen Unsicherheiten bei der Nominierung des Bundestagskandidaten die Union in Magdeburg nun geschlossen und voller Tatkraft mit Tino Sorge in den Wahlkampf ziehen wird.

Tino Sorge stand auch diesmal zur Wahl. Als stellvertretender Kreisvorsitzender wurde er von den Mitgliedern bestätigt, während Eva Wybrands neu in das Amt gewählt wurde. Sie folgt Sabine Wölfer, die nicht wieder antrat. Schatzmeister bleibt Klaus-Dieter Theise, der in seinem Rechenschaftsbericht auf die positive Entwicklung der Finanzen des Kreisverbandes verwies.

Bei der Wahl zu den Beisitzern erhielt die Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Anne-Marie Keding, mit 75 Stimmen das beste Ergebnis. Des Weiteren wurden folgende Beisitzerinnen bzw. Beisitzer gewählt: Dr. Beate Bettecken, Freya Gergs, Michael Hoffmann, Jana Lesniak, Rainer Nitsche, Christin Rother, Andreas Schumann, Frank Schuster, Sandra Yvonne Stieger und Klaus Zimmermann.
 > weiter auf Seite 4



Der neu gewählte Vorstand im Bild von links: Klaus Zimmermann, Frank Schuster, Jana Lesniak, Andreas Schumann, Sandra Y. Stieger, Rainer Nitsche, Beate Bautz, Tino Sorge, Anne-Marie Keding, Tobias Krull, Eva Wybrands, Dr. Beate Bettecken, Klaus-Dieter Theise, Christin Rother, Freya Gergs und Wigbert Schwenke. Auf dem Foto fehlt Michael Hoffmann.

Foto: Stefan Feldt

Die schnellsten Rennfahrer der Welt tragen zu ihrer Sicherheit

Elbkurier: Herr Lejeune, Sie sind Belgier. Was hat Sie nach Magdeburg geführt?

Lejeune: Ich bin 2008 vom Schwarzwald nach Magdeburg gewechselt, weil ich hier die Chance bekam, die Schubert GmbH am Standort Rothensee als Vorsitzender der Geschäftsführung zu leiten.

Elbkurier: Vom Schwarzwald nach Magdeburg. Wie haben Sie diesen Wechsel erlebt?

Lejeune: Ich stamme aus der deutsch-sprachigen Region Eupen-Malmedy in Belgien. Da wird man schon mehrsprachig erzogen und denkt über Grenzen hinaus. Außerdem bin ich als Student ein Jahr lang in Kanada gewesen und musste mich dort alleine zurechtfinden. Das war hart, aber danach hatte ich nie mehr Probleme, an einem neuen Wohnort klar zu kommen.

Elbkurier: Und wie ist es nun in der Börde?

Lejeune: Wir haben uns von Anfang an in Magdeburg und der Börde wohl gefühlt. In den letzten fünf Jahren konnte ich persönlich miterleben, wie sich die Stadt immer weiter positiv entwickelt.

Elbkurier: Das müssen Sie ein bisschen erläutern!

Lejeune: Natürlich ist die Landschaft um Villingen-Schwennigen eine völlig andere als die Magdeburger Börde. Aber jede Landschaft hat ihre Reize, man muss nur eine gewisse Offenheit mitbringen. Ich fahre z.B. gerne mit dem Fahrrad durch die Auenlandschaft der Elbe. Dabei kann

ich mich wunderbar erholen. Und auch im Stadtgebiet gibt es phantastisch große Grünflächen, die einen hohen Freizeitwert haben.

Elbkurier: Wo gehen Sie mit Ihrer Familie oder mit Freunden hin?

Lejeune: Mit meiner Frau oder meinem Besuch gehe ich gerne in die Innenstadt. Als gewachsene historische Stadt hat Magdeburg sehr viel zu bieten. Mit Freunden gehe ich gerne in den Dom, ins Hundertwasserhaus oder in das Kulturhistorische Museum. Gerne besuchen wir Konzerte.

Elbkurier: Wie erleben Sie Magdeburg als Dienstleistungs- und Einkaufsstadt?

Lejeune: Die Stadt bietet viel zu viele Möglichkeiten (lacht). Meine Frau geht jedenfalls gerne einkaufen oder shoppen wie man oft sagt.

Elbkurier: Trotzdem fühlen Sie sich wohl in Magdeburg?

Lejeune: Ja! Wir leben hier gerne. Ich bin auch Mitglied im Rotary-Club und habe sehr gute Kontakte mit vielen Verantwortlichen in der Stadt.

Elbkurier: Wie klappt denn die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der Landesregierung?

Lejeune: Das klappt hervorragend! Ich habe seit fünf Jahren die volle Unterstützung der Politik. Wenn ich dringend einen Termin brauche, bekomme ich den innerhalb einer Woche – egal bei wem. Ich pflege sowohl mit OB Trümper als auch dem Beigeord-

neten Scheidemann eine tolle Zusammenarbeit und auch im Wirtschaftsministerium hat man ein offenes Ohr für mich.

Elbkurier: Wo brauchen Sie denn die Unterstützung der Ämter und Ministerien?

Lejeune: Es gibt immer Gesprächsbedarf. Mein nächstes wichtiges Thema werden die explodierenden Strompreise sein. Die Schubert GmbH hat bei 60 Millionen Euro Umsatz etwa eine Millionen Euro Stromkosten zu zahlen. Das EEG kostet mich eine sechsstellige Summe dieses Jahr. Ich muss über Sonderverträge mit den SWM verhandeln, damit uns das nicht aus dem Ruder läuft.

Elbkurier: Wofür braucht Ihre Firma denn so viel Strom?

Lejeune: Die Firma Schubert stellt Schutzhelme in allen Formen und Variationen her. Damit die Materialien formbar sind, werden sie mit Strom auf ca. 60 bis 80 Grad erhitzt. Wir sind quasi eine Manufaktur, wo insgesamt 370 Mitarbeiter Schutzhelme produzieren, die höchsten Anforderungen an den Kopfschutz bieten. Bei uns arbeiten keine Roboter, wir haben etwa 80 Prozent Handarbeit. Und wenn uns die Kosten davonlaufen, können wir der Billigkonkurrenz aus Asien nichts mehr entgegenstellen. Schon jetzt gibt es in Europa nur noch einen Hersteller außer Schubert, nämlich einen kleinen Betrieb in Italien.

Elbkurier: Wie lautet Ihr Rezept gegen die Billiganbieter aus Asien?

Lejeune: In der Vergangenheit sind alle Innovationen im Bereich des Kopfschutzes von uns gekommen. Die anderen bauen die Helme dann nach. Wir sind immer mindestens einen Schritt vor der Konkurrenz. Nicht umsonst haben wir Kunden wie Michael Schumacher oder Fernando Alonso in der Formel 1. Alle Schubert-Mitarbeiter sind stolz, wenn sie das Schubert-Logo auf den Helmen der schnellsten Rennfahrer der Welt sehen. Wir machen hier Produkte, die weltweit einen Namen haben.

Elbkurier: In Ihrem Büro stehen zahlreiche Helme. Was sind das für besondere Exemplare?

Lejeune: Die will ich Ihnen gerne zeigen. Hier, das ist der Helm, den Michael Schumacher bei seinem 300. Grand-Prix-Rennen getragen hat. Den haben wir zu diesem besonderen Anlass mit Blattplatin belegen lassen.

Elbkurier: ... fühlt man da etwa noch den Angstschweiß des Rekordweltmeisters?

Lejeune: Vielleicht eher den Arbeitsschweiß. Oder sehen Sie sich den Helm von Alonso an. Den trug er bei einem Rennen als sein Bolide in die Leitplanken raste. Man erkennt noch die Schmauchspuren hier am Visier des Helms. Oder dieses Spezialvisier eines Polizeihelms, das zwei Kugeln abgefangen hat und so den Polizisten vor schwersten Verletzungen oder gar vor dem Tod bewahrt hat.

Elbkurier: Arbeiten Sie auch für die Bundeswehr?



Perfekter Kopfschutz für jeden Zweck. Schubert-Geschäftsführer Marcel Lejeune (rechts) zeigt Elbkurier-Redakteur Wilfried Köhler den Helm des Formel1-Rekordweltmeisters Michael Schumacher, sowie das Visier eines Polizeihelms mit Steckschuss.

Fotos: Birgit Uebe



Qualitätsprodukte aus Magdeburg-Rothensee

Lejeune: Mit der Bundeswehr haben wir eine sehr lange Zusammenarbeit. Schon 1960 haben wir Helme für die Bundeswehr gefertigt. Zurzeit arbeiten wir an einem großen Auftrag für das Schweizer Heer. Aber wir produzieren auch Helme für die Feuerwehr und eine große Vielfalt an Arbeitsschutzhelmen, z.B. für die Forstwirtschaft oder den Bergbau.

Elbkurier: Wie ist die Firma Schuberth auf dieses Geschäftsfeld gekommen?

Lejeune: Das liegt lange zurück. Schuberth wurde im Jahr 1922, also vor 90 Jahren, gegründet. Zunächst produzierte man Bierkästen für die Braunschweiger Feldschlößchen Brauerei, dann Ledertaschen für Fotoapparate von Leica. Es dauerte nicht lange, da wurden in der Lederverarbeitung Innenaustattungen für Helme hergestellt. 1954 erschien unser erster Motorradhelm. 1976 kam dann der erste Integralhelm, der für die damalige Zeit ausgezeichneten Umfallschutz bot. Heute geht es in der Weiterentwicklung um Aerodynamik, um Belüftung und den Komfort der Helme. Aber auch in punkto Sicherheit forschen wir stets weiter und werten Unfälle und Verformungen der Helme aus.

Elbkurier: Die Firma ist also als Familienunternehmen gestartet. Wie ist sie heute aufgestellt?

Lejeune: Ja, die Firma ist von den Familien Zahn und Schuberth gegründet worden, aber 2006 an eine Investorengruppe verkauft worden.

Elbkurier: Ist das die berühmte Heuschrecke?

Lejeune: Nein. Investoren wollen natürlich Geld verdienen. Aber das ist auch völlig in Ordnung. Wir haben mit dieser Investorengruppe eine sehr erfolgreiche Entwicklung gestaltet. Seit sieben Jahren haben wir Stabilität. Damit bin ich sehr zufrieden. Wenn man so will, war das die Chance für Magdeburg.

Elbkurier: Wie viele Beschäftigte sind denn aus Braunschweig nach Magdeburg gekommen?

Lejeune: Anfangs waren es vielleicht 20 Prozent, heute etwa noch fünf Prozent. Wir haben heute eine komplett neue Struktur mit neuen Mitarbeitern im Unternehmen.



Marcel Lejeune, Geschäftsführer der Schuberth GmbH am 22. November im Interview mit Wilfried Köhler.

Elbkurier: Sie betreiben Forschung und Entwicklung am Standort Magdeburg. Wie sind Sie mit den Hochschulen hier vernetzt?

Lejeune: Wir finden hier ein sehr, sehr gutes Netz an Forschungseinrichtungen vor. Wir arbeiten vor allem mit dem Fraunhofer-Institut in Halle zusammen, haben aber auch Studierende der Universität Magdeburg.

Elbkurier: Sie haben im vergangenen Jahr an der Fachkräftebörse in der Fichtestraße teilgenommen. Wie beurteilen Sie das Thema Fachkräfte?

Lejeune: Das Thema Fachkräfte ist immer aktuell. Angesichts des demografischen Wandels wird es in der Zukunft noch viel wichtiger werden.

Elbkurier: Wie lässt sich das Problem lösen?

Lejeune: Da müssen wir viele Wege gehen. Ministerpräsident

Haseloff versucht, ehemalige Landeskinder zurückzuholen. Das kann durchaus ein Weg sein, wird aber nicht reichen.

Elbkurier: Was muss noch passieren?

Lejeune: In Deutschland gibt es immer noch Schranken bei der West-Ost-Wanderung. Viele Ostdeutsche sind in den Westen gegangen, um Arbeit zu finden. Umgekehrt ist die alte Grenze immer noch wirksam. Das wird wohl erst durch die junge Generation verschwinden. In Zukunft müssen wir auch über Zuwanderung nachdenken.

Elbkurier: Man spricht heute gerne über Willkommenskultur. Wie muss die aussehen?

Lejeune: Wer selbst einmal in der Fremde war, weiß wie verlassbar man sich da vorkommen kann. Das rate ich jedem jungen Menschen als wichtige Lebenserfahrung. Damit Ausländer hier

gut integriert werden können, brauchen sie entweder Netzwerke vor Ort mit Menschen, die ihre Sprache sprechen und sich auskennen. Oder sie brauchen einen Coach, der ihnen bei Behördengängen hilft, Arztbesuche vermittelt und überhaupt Kontakte herstellt. Eigentlich bräuchten wir in jeder wichtigen Sprache einen solchen Lotsen, wenn wir qualifizierte Leute für die Region Magdeburg gewinnen wollen.

Elbkurier: Wie können wir die Aufnahmebereitschaft der Magdeburger vergrößern?

Lejeune: Ich plädiere für Stipendien, mit denen Auslandsaufenthalte unterstützt werden. Einfach mal sehen, wie es anderswo ist und mit diesen Erfahrungen wieder zurückkommen. Das dürfte mehr Offenheit schaffen.

Elbkurier: Herzlichen Dank für das Gespräch. Wilfried Köhler

Termine

Dezember

17.12.2012, 19.00 Uhr
OV Süd gemeinsam mit der
GWA Hopfengarten
Gaststätte „Fast wie zu Hause“,
Ahornweg 19a

Januar 2013

09.01.2013, 19.00 Uhr

OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „TexAS-Kiste“
Baumschulenweg 48

22.01.2013, 19.30 Uhr
Ortsverband Mitte

23.01.2013, 18.00 Uhr
Frauen Union

30.01.2013, 18.00 Uhr
Gemeinsamer Neujahrsempfang
des KV Magdeburg
mit dem Landesverband
KONGRESS & KULTURWERK-
fichte, Fichtestraße 29 a

Februar

13.02.2013, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „TexAs-Kiste“
Baumschulenweg 48

14.02.2012, 18.30 Uhr
Sitzung FA Stadtentwicklung
mit MVB

26.02.2013, 19.30 Uhr
OV Mitte

27.02.2013, 18.00 Uhr
Frauen Union

März

13.03.2013, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „TexAs-Kiste“
Baumschulenweg 48

26.03.2013, 19.30 Uhr
OV Mitte

27.03.2013, 18.00 Uhr
Frauen Union

April

10.04.2013, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „TexAs-Kiste“
Baumschulenweg 48

23.04.2013, 19.30 Uhr
OV Mitte

24.04.2013, 18.00 Uhr
Frauen Union

Fortsetzung Seite 1: Tobias Krull bleibt Vorsitzender ...



Die personelle Mischung im Kreisvorstand zeigt nach Ansicht von Krull, dass die Magdeburger CDU gut aufgestellt ist: „Mit einem Frauenanteil von 46 % im Vorstand wird deutlich, dass unsere Partei für Frauen und Männer die Chance zur Mitgestaltung und Mitwirkung bietet.“

Vor den Wahlen gab der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Schröder, einen Einblick in die Landespolitik. Selbstbewusst wies er darauf hin, dass es der Fraktion gelungen sei, in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner SPD wichtige Positionen der Union durchzusetzen. Etwa bei der Umschichtung zugunsten der investiven CDU-geführten Ministerien im Landeshaushalt – oder auch bei der Schulpolitik, wo die „Reibungspunkte“ mit dem Koalitionspartner traditionell am größten seien.

In seinem Grußwort bekannte sich Schröder auch zu der besonderen Rolle der Landeshauptstadt: „In Magdeburg wird in besonderer Art und Weise



Das Podium während der Veranstaltung, Tino Sorge, die FU-Kreisvorsitzende Franziska Rothenberg, Versammlungsleiter Wigbert Schwenke MdL, CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender André Schröder MdL und Tobias Krull (v.l.n.r.).
Fotos: Jana Lesniak, Stefan Feldt

die Innen- wie Außenwahrnehmung des Landes geprägt.“ Die Magdeburger Union bezeichnete er dabei als „Herzkammer der CDU in Sachsen-Anhalt“. „Nur in meinem eigenen Kreisverband Mansfeld-Südharz sehe ich bei einer Versammlung mehr bekannte Gesichter“, sagte der Sangerhausener.

Eindrucksvoll verwies er in Gegenwart der Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft, Prof. Birgitta Wolff, auf das Potenzial Magdeburgs als Standort für Unternehmen und Forschung: „Bei Wissenschaft fließt jeder fünfte Förder-Euro in die Landeshauptstadt.“ Auch die Gewerbelanz sei positiv. Unbefriedigend sei indes die Abkopplung Magdeburgs vom ICE-Netz. Aus seiner früheren Funktion als Verkehrsstaatssekretär wisse er aber, wie schwierig Verhandlungen in dieser Sache mit der Deutschen Bahn seien.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt, Wigbert Schwenke, unterstrich bei seiner Rede die hohe Verlässlichkeit der Fraktion in ihrer

politischen Arbeit: „Oft sind wir selbst für den SPD-Oberbürgermeister die einzige berechenbare Größe im Stadtrat.“ Auch die – im Vergleich zu anderen großen Städten – gute finanzielle Situation Magdeburgs sei ein Mitverdienst der Union. „Wir haben als Union stets unsere Verantwortung für eine generationsgerechte Finanzpolitik im Blick. Das sichert auf Dauer die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt“, betonte Wigbert Schwenke. Auch er appellierte an die Mitglieder, nun geschlossen und motiviert auf die Kommunalwahl zu blicken. „Magdeburg braucht eine berechenbare Politik. Deswegen ist ‚mehr CDU‘ absolut gut für die Stadt und ihre Menschen. Zusammen müssen wir uns dafür einsetzen, dass Magdeburg im Wettbewerb der Metropolregionen eine starke Rolle spielt.“

Der alte und neue Kreisvorsitzende Tobias Krull gab sich nach seiner Wahl zuversichtlich: Für die künftigen Herausforderungen hat die Mitgliederversammlung eine gute Grundlage gelegt. Auf dieser Basis müsse nun engagiert gearbeitet werden. *Andreas Kern*



Der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull dankt dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion André Schröder MdL für seine Rede, sitzend der Versammlungsleiter Ratsfraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke MdL (v.r.n.l.).
Fotos: Jana Lesniak

Der neue CDU-Kreisvorstand

| | | |
|----------|------------------------|----|
| Krull | Vorsitz | 79 |
| Wybrands | stellv. Vorsitz | 35 |
| Sorge | stellv. Vorsitz | 53 |
| Theise | Schatzmeister | 67 |

Beisitzer:

| | |
|------------|----|
| Keding | 75 |
| Zimmermann | 67 |
| Stieger | 62 |
| Rother | 61 |
| Bettecken | 57 |
| Nitsche | 53 |
| Hoffmann | 52 |
| Schumann | 52 |
| Lesniak | 50 |
| Gergs | 46 |
| Schuster | 46 |

Die Zahlen geben die Ja-Stimmen bei der Wahl wieder.

Mißfelder: „Unsere Leistungsbilanz kann sich sehen lassen“

Auf gemeinsame Einladung der Jungen Union Sachsen-Anhalt und des CDU-Kreisverbandes Magdeburg sprach der JU-Bundesvorsitzende und CDU-Präsidiumsmitglied Philipp Mißfelder MdB am 20. November in Magdeburg zum Thema „Die CDU vor der Bundestagswahl 2013“.

In seiner Begrüßung stellte der Kreisvorsitzende der CDU Magdeburg, Tobias Krull, klar, dass sich die Union zwar derzeit in einem Umfragehoch befindet, aber dass zehn Monate im politischen Leben eine kleine Ewigkeit sein können und dass man sich auf keinen Fall auf den aktuellen Zahlen als Partei ausruhen dürfe.

Dieser Aussage stimmte Philipp Mißfelder vollumfänglich zu und forderte zugleich die Leistungen der aktuellen Bundesregierung nicht kleinzureden, sondern öffentlich deutlich zu machen, was die schwarz-gelbe Koalition alles erreicht hat. Die Arbeitslosenquote unter drei Millionen, so viele Arbeitsverhältnisse wie nie zuvor seit der friedlichen Revolution und eine Haushalts-



situation, von der die meisten anderen europäischen Staaten nur träumen können – eine Leistungsbilanz die sich sehen lassen kann. „Wir müssen als Union eine klare Sprache sprechen und auch die Themen klar besetzen, mit denen uns die Bevölkerung verbindet. Dazu gehört vor allem auch die innere Sicherheit“, so der JU-Bundesvorsitzende.

Desweiteren erklärte er, dass Politik heute immer mehr nicht nur mit politischen Programmen, sondern vor allem über Köpfe vermittelt wird. Die Bundeskanz-



lerin Dr. Angela Merkel mit ihrem hohen Ansehen in der Bevölkerung ist hier für die Union ein Erfolgsgarant.

In der folgenden Diskussion, souverän moderiert vom CDU-Bundestagsdirektkandidaten Tino Sorge, wurde unter anderem darüber debattiert, wie es gelingen kann, den Menschen die Botschaften und Ziele der Union besser zu vermitteln.

In seinem Schlusswort dankte der JU-Landesvorsitzende Sven Schulze dem JU-Bundesvorsitzenden Philipp Mißfelder für die

deutlichen Worte, die er gefunden hat um die aktuelle politische Lage darzustellen. Er versprach, dass die JU Sachsen-Anhalt mit voller Kraft und mit dem gewohnten Engagement den Bundestagswahlkampf führen wird.

Neben Mitgliedern der CDU-Magdeburg und der Jungen Union fanden u.a. auch die stellv. CDU-Landesvorsitzende Heike Brehmer MdB, der Landtagsabgeordnete Uwe Harms und der CDU-Landesgeschäftsführer Mario Zeising den Weg zu der Veranstaltung. *Redaktion*

Junge Union will Stachel im Fleisch der CDU sein

In jungen Jahren für zwei Jahre Verpflichtungen einzugehen, ist nicht einfach. Studium, Berufseinstieg, Familiengründung, all dies fordert Flexibilität und Mobilität. Zugleich wird dadurch beständiges politisches Engagement erschwert.

Dennoch gelang es der Jungen Union (JU) Magdeburg vor kurzem einen neuen Kreisvorstand zu wählen, der schlagkräftig, engagiert und kompetent mit unterschiedlichsten Erfahrungen in den nächsten zwei

Jahren politisch aktiv werden will. Angestellte, Studenten und Selbstständige gehören fortan ebenso zum JU-Kreisvorstand wie wiedergewählte, neugewählte und aufgestiegene Vorstandsmitglieder.

An der Spitze steht weiterhin die 26-Jährige Freya Gergs, die in den nächsten zwei Jahren durch die beiden Stellvertreter Nick Baumann und Jana Lesniak unterstützt wird. Ihnen folgen die Studenten Stefan Feldt und Maximilian Schwarz als Beisitzer. Für

die Finanzen ist weiterhin Florian Bühnemann zuständig, unterstützt durch Silvio Breitenstein als Rechnungsprüfer. Zum neuen Pressesprecher der JU Magdeburg wurde Mathias Bethke gewählt.

Tobias Krull, CDU-Kreisvorsitzender und Noch-JU-Mitglied, zählte zu den ersten Gratulanten des Abends. Er wünschte sich vom neuen JU-Vorstand: „Seid weiterhin der Stachel im Fleisch der CDU. Ein Stich tut zwar manchmal weh, ab und an aber auch Not.“

Die wiedergewählte Kreis-

vorsitzende kündigte an, die erfolgreiche Arbeit der vergangenen zwei Jahre fortzuführen und auszubauen: „Wir sind und bleiben die mit Abstand aktivste politische Jugendorganisation unserer Landeshauptstadt. Für die kommenden zwei Jahre gilt daher: Den Kurs und nicht den Mund halten! Wir sind als JU breit aufgestellt und werden uns noch aktiver in Magdeburg für die Belange der jungen Generation einbringen“, so Freya Gergs.

Mathias Bethke



Die Junge Union Magdeburg hat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Als Vorsitzende wurde die Angestellte Freya Gergs 5.v.r.) bestätigt. Ihre Stellvertreter sind Jana Lesniak (5.v.l.) und Nick Baumann (3.v.r.). Als Schatzmeister wiedergewählt ist Florian Bühnemann (r.). Er wird unterstützt durch Rechnungsprüfer Silvio Breitenstein (2.v.r.) Zum Pressesprecher wurde Mathias Bethke ernannt (3.v.l.). Den Vorstand ergänzen die Beisitzer Stefan Feldt (2.v.l.) und Maximilian Schwarz (4.v.l.). *Fotos: Manuel Rupsch*

Besuch bei Agentur für Arbeit/Bezirk Magdeburg



Die Magdeburger Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke, Jürgen Scharf und die CDU Kreisgeschäftsführerin Doris Memmler besuchten Ende Oktober den Chef der Agentur für Arbeit/Bezirk Magdeburg Matthias Kaschte.

Im Gespräch wurden Themen wie die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, dem Berufsausbildungsmarkt, Trends in der Beschäftigung und die Neuorganisation der Agenturbezirke besprochen.

Matthias Kaschte stellte fest, dass der negative Trend auf dem Arbeitsmarkt langsam auch den Bezirk Magdeburg erreicht hat. Viele Unternehmen zögern mit Einstellungen. Die Entwicklung des Bestandes an gemeldeten Arbeitsstellen ist in den letzten Wochen zurückgegangen.

Positiv ist aber anzumerken, dass die Arbeitslosenzahl im Bezirk Magdeburg nach unten gegangen ist. Größtes Problem bei den Unternehmen ist auch die Suche nach geeigneten Auszubildende. In Sachsen-Anhalt könnte jeder Berufsaussuchende auch eine Lehrstelle finden. Hier liegt der Schlüssel zurzeit bei 1:1. Zahlreiche Handwerker, vorallem

Fleischer und Tischler suchen Auszubildende.

Das größte Sorgenkind bleiben aber weiterhin die Langzeitarbeitslosen. Zwar gibt es die einen oder anderen Projekte, trotzdem zögern viele Unternehmer mit der Einstellung von Langzeitarbeitslosen. Darüber wurde ausgiebig diskutiert, wie man Langzeitarbeitslose schneller in Lohn und Brot bringen könnte.

Für die Landtagsabgeordneten und die Kreisgeschäftsführerin war dieser Besuch sehr aufschlussreich. Sie konnten hinter die Kulissen schauen und erfahren, welche Sorgen und Nöte es dort gibt.

Text und Foto: Manuel Rupsch

Angela Merkel: „Wir tun unsere Arbeit für die Menschen“

„Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung“, erklärte Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel im Bundestag. Deutschland hat 2011 als erstes großes Industrieland wieder Vorkrisenniveau erreicht. In der Generaldebatte über den Haushalt 2013 betonte sie, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgegangen sei: Die Arbeitslosigkeit habe den tiefsten Stand seit 1990 erreicht, die Ausgaben für Bildung und Forschung seien so hoch wie nie und die Kommunen in nicht gekanntem Ausmaß entlastet.

Die unionsgeführte Bundesregierung stehe für solide Finanzen, so Merkel. Im kommenden Jahr sinke die Neuverschuldung im Bundesetat auf nur noch 17,1 Milliarden Euro. Damit erfülle der Bund die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse drei Jahre früher als vorgeschrieben. 2016 werde die Nettokreditaufnahme des Bundes sogar auf Null sinken, erstmals seit 1969. Merkel lobte die Leistungen der unionsgeführten Regierung: „Wir tun unsere Arbeit für heute, für morgen, für die Zukunft und vor allem für die Menschen in unserem Land.“

Für den Erfolg der Energiewende sei es zwingend notwendig, auch bei der Energieeffizienz Fortschritte zu machen. Merkel forderte „bessere Verzahnung“ von erneuerbaren Energien mit grundlastfähigen Kraftwerken und Speichertechnologien und

schlug der SPD vor, ihre Haltung zu überdenken, wenn es um Anreize durch steuerliche Förderung von Gebäudesanierung gehe.

Scharfe Kritik übte die CDU-Vorsitzende an der SPD beim Thema Rente mit 67: „Ich rate uns allen dringend, nicht den Bürgern Sand ins Auge zu streuen, als wäre das alles heute nicht mehr nötig.“ Die demografische Entwicklung zwinge Deutschland zu dieser Maßnahme. „Wir müssen auf die Generationenbalance achten.“

Eine schnelle Lösung der Schuldenkrise Griechenlands sieht die CDU-Vorsitzende am Mittwoch nicht: Trotz großer Sehnsucht nach einem Befreiungsschlag seien die über Jahrzehnte gewachsenen Probleme nicht über Nacht zu lösen. Deshalb werde man weiter schrittweise vorgehen. Sie betonte, weiter an der Erfüllung von Reformauflagen festzuhalten - allerdings würden Griechenland wegen der schwächeren Konjunktur zwei Jahre mehr eingeräumt, bis das Land die Sparziele erreiche.

Angesichts „fragiler Situationen“ in Teilen der Welt wie Syrien, Mali oder Afghanistan sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel das Vorgehen Israels gegen die radikal-islamische Hamas an: „Ich sage ausdrücklich: Es gibt das Recht auf Verteidigung für die eigene Bevölkerung. Dieses Recht hat der israelische Staat, und er hat die Pflicht.“

Bundes-CDU



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Sie möchten stilvoll feiern?

Bei uns können Sie entsprechendes Zubehör ausleihen:

- Sammeltassen 180 Gedecke
- Stuhlhussen
- Tischdecken
- Kerzenhalter und mehr

Gutti's -Party-Service
Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg
Telefon: 0391 7221326
Fax: 0391 7270400
E-Mail: info@guttis-party-service.de

Webel führt weiter die CDU Sachsen-Anhalt



Am Samstag, den 10. November, fand der 22. CDU-Landesparteitag in Leuna statt. Mehr als 200 Delegierte erwartete eine umfangreiche Tagesordnung. Nach einer kurzen Begrüßung sprach Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB zu den Anwesenden. Er warb nicht nur für die aktive Umsetzung der Energiewende, sondern machte deutlich, dass man als Politiker auch Verantwortung für die unangenehmen Seiten seiner Entscheidungen übernehmen muss.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung brachte der alte und neue CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel den Entwurf des neuen Grundstabsprogrammes der CDU-Sachsen-Anhalt mit dem Titel „Heimat mit Zukunft“ ein. Dieser wurde durch die Delegierten beschlossen und soll nun in allen Gliederungen der Partei sowie mit interessierten Dritten diskutiert werden, selbstverständlich auch in unserem Kreisverband. Der Entwurf kann bei Bedarf bei der Kreisgeschäftsstelle abgerufen werden und steht auch online unter www.cdulsa.de zur Verfügung.

Der Ministerpräsident Dr.

Reiner Haseloff erläuterte in seiner Rede mit dem Titel „Heimat mit Zukunft – unsere Strategie für Sachsen-Anhalt“ seine Vorstellungen, wie sich unser Land entwickeln soll. Dazu gehören auch eine ganzheitliche Familienförderung und die Wahrung der finanziellen Eigenverantwortung.

Einen weiteren Bericht gab der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Schröder MdL. Er betonte, dass es unabhängig vom Koalitionsvertrag der CDU-Landtagsfraktion gelungen sei, die CDU-Linie bei den Beschlüssen im Landtag klar und deutlich zu machen und diese sei auch bei den entsprechenden Entscheidungen erkennbar. Auch der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Petzold erstattete einen bundespolitischen Bericht und verwies auf die Erfolge der schwarz/gelben Bundesregierung.

Für ihre besonderen Verdienste um die CDU Sachsen-Anhalt wurden Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Dr. Karl-Heinz-Daehre, Emil Fischer, Dr. Gerd Gies und Bernd Reisener mit der Dr.-Leo-Herwegen-Medaille geehrt.

Dann galt es, den CDU-Landesvorstand für die kommenden zwei Jahre zu wählen. Dabei wurde Thomas Webel in seinem Amt als Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt klar bestätigt. In das Amt der stellv. CDU-Landesvorsitzenden wurden die Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer MdB, der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende André Schröder MdL und Innenminister Holger Stahlknecht MdL gewählt.

Als Schatzmeister wurde erneut der Unternehmer Dr. Karl Gerhold (Magdeburg) bestätigt. Ebenfalls klar wiedergewählt wurde die Magdeburgerin Dr. Beate Bettecken als eine der 15 Beisitzerinnen/Beisitzer im Landesvorstand. Darüberhinaus gehören auch Eva Wybrands (Landesvorsitzende Frauen Union), Jürgen Scharf MdL (Landesvorsitzender Evangelischer Arbeitskreis) sowie Tino Sorge (Vorsitzender Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen) dem Vorstand Kraft Amtes an.

Mit Andreas Meyer (Vorsitzender Landesschiedsgericht), Christian Lisec (Vorsitzender gemeinsames Kreisparteigericht) sowie Silke Buschmann (Beisitzerin im gemeinsamen Kreisparteigericht) übernehmen Magdeburger auch in diesem Bereich Verantwortung. Wiedergewählt als Rechnungsprüferin wurde die Magdeburger Unternehmerin Traudel Gemmer.

Die Magdeburger CDU ist darüber hinaus weiterhin auf Bundesebene vertreten, so wurde Dr. Beate Bettecken als Delegierte für den CDU-Bundesparteitag gewählt. Auch ich selbst gehöre diesem Gremium an und darüber hinaus dem CDU-Bundesausschuss als einer der beiden Vertreter aus Sachsen-Anhalt.

Der Landesparteitag hat damit wichtige personelle und inhaltliche Weichenstellungen für die kommenden zwei Jahre gestellt, in denen Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt stattfinden werden.

Tobias Krull

Demografische Stabilitätsinsel Magdeburg

Auf Initiative des Vorsitzenden der KPV Magdeburg, Reinhard Stern, fand am 6. November im Rathaus Magdeburg eine Vortragsveranstaltung gemeinsam mit dem Fachausschuss Stadtentwicklung des Kreisverbandes statt. Der Leiter der Stabsstelle Demografie im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, Wilfried Köhler, stellte dabei die demografischen Fakten in Bund, Land und Magdeburg vor.

Angesichts des starken Bevölkerungsrückgangs und der raschen Alterung des Bevölkerungsdurchschnitts in Sachsen-Anhalt in den letzten 25 Jahren stehe das Land vor großen Herausforderungen. Mit dieser Entwicklung sei das Land jedoch nur Vorreiter einer Entwicklung in vielen Regionen Deutschlands und Europas.

Für Magdeburg zeichnete Wilfried Köhler ein freundliches Bild. War die demografische Entwicklung in den 90er Jahren noch stark geprägt von der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen in die alten Bundesländer und in die Gemeinden des Umlandes, so hat sich diese Entwicklung teilweise umgekehrt: Magdeburg erhält seit einigen Jahren Zuwanderung junger Menschen sowohl aus dem Umland als auch aus den alten Ländern. Vor allem Studierende zieht es in die Landeshauptstadt.

Nunmehr komme es darauf an, die jungen Menschen im Stadtgebiet sesshaft zu machen. Erst wenn dies gelinge, so auch die demografische Zukunft Magdeburgs gesichert, schätzte Köhler die Situation ein. Dann könne die Stadt eine Stabilitätsinsel in Sachsen-Anhalt werden und positiv in die gesamte Region Magdeburg ausstrahlen. *Red.*

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg
Fürstenwallstr. 17
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de
Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.)
Tobias Krull, Andreas Kern
Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign
Druck: agentur frische ideen
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich



Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff MdL (rechts) dankt Bundesumweltminister Dr. Peter Altmaier (mitte) für seine klaren Worte. Ganz links der wiedergewählte CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel.

Fotos: Manuel Rupsch

„Mitt Steinbrück“ – SPD-Kandidat in der Romney Falle



Andreas Kern

Wer in Amerika öfter die Meinung wechselt als das Hemd, ist in den USA „flip flop“. Mitt Romney ist „flip flop“ – auch deshalb hat er die Präsidentschaftswahl gegen Barack Obama verloren. Und das deutlicher als erwartet.

Im Bundesstaat Massachusetts, wo er von 2003 bis 2007 Gouverneur war, galt Romney als liberal. Kernstück seiner Arbeit war die Einführung einer generellen Krankenversicherungspflicht; sie regelt, dass die öffentliche Hand einen Teil der Kosten für sozial Schwache übernimmt, dass Vorsorgeuntersuchungen und Krankheiten abgedeckt werden, und dass Versicherungen niemanden wegen bereits bestehender Krankheiten ablehnen dürfen. Mithin ein Modell, das sich nicht wesentlich von Obamas Gesundheitsreform unterscheidet, die von den US-Republikanern als „sozialistisches Teufelszeug“ beschimpft wird. Und selbst bei in den USA traditionell kontrovers diskutierten Themen -

wie Abtreibung und Familienpolitik - orientierte sich der Mormone an der linksliberalen Grundstimmung in Massachusetts. Zwar ist Romney heute Abtreibungsgegner, bei seinen Wahlkämpfen in Massachusetts 1994 und 2002 hatte er das Recht auf Abtreibung jedoch noch befürwortet.

Umso ungläubiger deshalb Romneys Wandlung zum konservativen Vorkämpfer gegen vermeintliche sozialistische Umtriebe und den angeblichen moralischen Verfall der Obama-Regierung.

Weder bei der Mehrheit der Wähler noch bei den eigenen konservativen Anhängern der „Grand Old Party“ konnte der Multimillionär mit seiner 180-Grad-Wendung punkten. Unter der Decke warteten Anhänger der „Tea Party“-Bewegung sowie religiöse Fundamentalisten sogar auf die spätere Abrechnung mit dem früheren „Weichzeichner“ Romney. Einige von ihnen nahmen die Pleite des Frontmanns flugs zum Anlass, eine weitere Verschiebung der politischen Koordinaten sowie eigene Ansprüche auf Posten zu formulieren. Romney dürfte eine Fußnote der amerikanischen Geschichte bleiben.

Ein Schicksal, das jemandem mit einer Selbstwahrnehmung wie Peer Steinbrück natürlich nicht gefallen dürfte. Doch gewisse Parallelen gibt es zwischen dem SPD-Spitzenkandidaten und dem Ex-Gouverneur schon. Auch Steinbrück ist gerade dabei, einen „flip flop“ hinzulegen. Vom „Genossen der Banker“ zum Freund des starken, linken Arbeitnehmer-

flügels seiner Partei. Nur passt es gerade da nicht, dass Steinbrück als hochbezahlter Grußredner auf der Gehaltsliste einiger Finanzinstitute stand.

Selten hat man den Diplom-Volkswirt im Einklang mit dem Programm-Korsett der Sozialdemokratie erlebt. Am deutlichsten wurde die emotionale Distanz, wenn die SPD unter seiner Mitwirkung mit den Grünen zu regieren hatte. Ein Pakt, den Steinbrück für die nächste Bundestagswahl als Wunschkonstellation preisen muss.

Die rot-grünen Leiden des Peer S. lassen sich wie folgt zusammenfassen: Schleswig-Holstein, wo er Anfang der neunziger Jahre in einer rot-grünen Koalition Wirtschaftsminister war und für eine Autobahn kämpfte, dann, schlimmer noch Nordrhein-Westfalen, wo er schließlich als Ministerpräsident bei den Wahlen 2005 mit der damaligen rot-grünen Landesregierung unterging.

Auch sonst fehlt dem Norddeutschen jener linke Stallgeruch, um glaubhaft für den aktuellen eher linken Kurs der Sozialdemokraten zu stehen.

Steinbrück war Anhänger der Agenda 2010, jenem Reformprogramm unter Gerhard Schröder, das SPD-Linke seit Jahren als unsozial kritisieren. Auch Steinbrücks Krisenmanagement während der Zeit der Großen Koalition mit Angela Merkel stößt bei Überzeugungstern auf Generalverdacht.

Dass sich Steinbrück ausgerechnet vom Verfechter des Nato-Doppelbeschlusses und

Mitinitiator der Weltwirtschaftsgipfel, Altkanzler Helmut Schmidt, bei jeder Gelegenheit loben lässt, erhöht auch nicht die Betriebstemperatur der linken Basis. Die träumt im Zweifel immer noch von der Zeit, als bei Oskar Lafontaine das Herz zwar links schlug, aber er noch Mitglied der Sozialdemokratie war. Der Saar-Napoleon war es schließlich auch, der Gerhard Schröders Kurs der so genannten „neuen Mitte“ nach links absicherte und so die SPD im Wahljahr 1998 kampagnenfähig machte.

Mangels Existenz eines ähnlich zugkräftigen Parteilinken muss Steinbrück also den Spagat wagen. In der Mitte den moderaten Wirtschaftsmann geben und mit den Linken Steuererhöhungen, Mindestlöhne, Rücknahme von Agenda-Reformen und womöglich sogar die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa mittels Eurobonds fordern. Ein von ihm kürzlich vorgelegtes Bankenkonzept sieht daher auch vor, die Staatshaftung für Banken auszusetzen, hochspekulative Geschäfte wie den computergesteuerten Hochfrequenzhandel zu verbieten und das Investmentbanking vom Einlagen-geschäft zu trennen.

Der Bankenfreund, der der Bankenmacht den Garaus macht. Soviel „flip flop“ würde sich vielleicht nicht mal Mitt Romney zutrauen. Dem US-Multimillionär bleiben immer noch sein Vermögen sowie seine unternehmerischen Aktivitäten. Und Steinbrück scheint ja als Vortragsredner einen ordentlichen Marktwert zu haben. *Andreas Kern*



„Erben und Testament“, so der Titel einer gemeinsamen Veranstaltung der Gemeinwesenarbeitsgruppe Hopfengarten/Leipziger Straße und des CDU-Ortsverbandes Süd anfang November. Vor rund 30 Bürgerinnen und Bürgern erläuterte der Magdeburger Notar Wolfgang Gründer die Grundzüge des Erbrechts und ging auf die Fragen der Anwesenden ein. Dazu erklärte der CDU-Ortsverbandsvorsitzende Stefan Hörold: „Zu den Aufgaben der Ortsverbände gehört es auch Themen anzusprechen, die die Bevölkerung vor Ort interessieren, auch wenn Sie relativ unpolitisch sind.“ *Foto: Tobias Krull*



Auf Initiative der Ortsverbandsvorsitzenden Dr. Beate Bettecken besuchten einige Mitglieder der CDU-Ortsverbandes Ostelbien im Oktober das Magdeburger MDR-Landesfunkhaus. Beim Blick hinter die Kulissen erfuhren sie nicht nur interessante Hintergrundinformationen über die Arbeit im Haus. Es gab auch die Chance die Fernsehstudios persönlich zu erkunden, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie es wäre selbst vor der Kamera zu stehen. Der OV setzte damit seine Reihe von Vor-Ort-Terminen fort, die die Verbandsmitglieder u.a. schon ins Landesarchiv führte. *Foto: Manuel Rupsch*

Fraktion CDU/Bund für Magdeburg tauchte in virtuelle Welt ein



Die Fraktionsmitglieder beim virtuellen Rundgang über Magdeburg und bei der Betrachtung von technischen Modellen mit 3D-Brillen.

Fotos: Tobias Krull, Jana Lesniak

Bei den regelmäßigen Vorort-Terminen der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg stand in den Monaten Oktober und November die moderne Technik im Vordergrund.

Zunächst wurde im Oktober das Virtual Development and Training Centre (VDTC) des Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung (IFF) im Wissenschaftshafen

besucht. Empfangen wurde die Fraktion vom Institutsleiter Prof. Dr.-Ing. Michael Schenk und dem Marketingverantwortlichen Dipl. Wirt.-Ing. Erik Dietzel.

Nach der Vorstellung des Unternehmens mit der beeindruckenden Entwicklung des VDTC im Wissenschaftshafen seit 2001, ging es auf einen Rundgang durch die Abteilungen. Die

anwesenden Fraktionsmitglieder zeigten sich erstaunt darüber in welchen Forschungsprojekten und Alltagslösungen die Simulationstechnik eine Rolle spielt. So wurde gezeigt wie die Simulation einer ländlichen Umgebung bei der Entscheidung zwischen Hochspannungsmasten und Erdleitungen helfen kann, da der Einfluss auf die Umgebung simuliert werden

kann, ohne direkt in die Natur einzugreifen.

Den beeindruckenden Abschluss des Rundganges bildete „DER ELBE DOM – 360°-LASER-PROJEKTIONSSYSTEM“. Dort können Maschinenanlagen, Produktionsgebäude aber auch ganze Städte simuliert werden. So können beispielsweise Verletzungsquellen beim Bau von neuen Produktionsanlagen von vornherein entdeckt und beseitigt werden.

Der November-Besuch führte die Fraktion dann zur KID Magdeburg GmbH. Hierbei handelt es sich um den führenden kommunalen IT-Dienstleister in Sachsen-Anhalt, welcher auch die Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg in Sachen IT-Infrastruktur betreut. Das Unternehmen wurde 1999 durch die maßgebliche Unterstützung der damaligen CDU-Ratsfraktion gegründet. Geschäftsführer Dr. Michael Wandersleb gab einen interessanten Einblick in die Geschichte der noch jungen KID Magdeburg GmbH. Die Abteilungsleiter erläuterten dann technische Herausforderungen wie Virtualisierung und Datenhosting.

Jana Lesniak

Lassen Sie auch in den nächsten Jahren die Kälte vor Ihrem Haus!

Gedämmte Häuser helfen Ihnen dabei.





Maler Zahn GmbH

039200 40000



MALER UND LACKIERER
FÜR SCHÖNHEIT UND SCHUTZ



Ihr Partner für Schönheit und Schutz
39245 Gommern | Brauhausstr. 24 | www.maler-zahn.de

Die politische Konkurrenz verirrt sich



Volker Kauder. Foto: CDU

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat beherrscht zwar gerne die Schlagzeilen, hat aber große Probleme Anspruch und Wirklichkeit zusammenzubringen. Besonders übel stößt angesichts der Gewalt in Nahost auf, dass die SPD auf die falschen Partner setzt. Wie einst mit der SED, führt sie jetzt mit dem militanten Arm der PLO, der Fatah, Gespräche über gemeinsame Grundwerte. Die Ziele und Grundwerte der Fatah sind in ihrem Wappen symbolisiert: Neben Waffen enthält es eine Landkarte von Palästina, die Israel allerdings schon gar nicht mehr enthält. Waffen als Symbol und eine Karte ohne Israel – das sind unsere Grundwerte nicht.

In grundlegenden innenpolitischen Fragen wird nicht klar, was die SPD will: Auf der einen Seite fordert sie eine höhere Besteuerung von Millionären. Gleichzeitig blockiert sie im Bundesrat das Geld-zurück-Abkommen mit der Schweiz und sorgt so dafür, dass deutsche Gelder in der Schweiz unbesteuert und Reiche ungeschoren bleiben. Die SPD lässt sich lieber auf halb-kriminelle Datenhändler ein und verweigert sich jeder Systematik – das ist

folgenlose Kavallerie-Androhung anstatt wirklicher Steuergerechtigkeit.

Steuergerechtigkeit ist vor allem für Geringverdiener wichtig. Deswegen gibt es unseren Gesetzentwurf gegen die 'kalte Progression', der nicht nur den heimlichen Zugriff des Fiskus bei Lohnzuwächsen begrenzt, sondern auch das ab 2013 geltende Existenzminimum steuerfrei stellt. Aber auch diesen Gesetzentwurf blockiert die SPD im Bundesrat und sorgt so dafür, dass ab Januar 2013 möglicherweise sogar das Existenzminimum besteuert wird. Vielleicht sollte die Sozialdemokratische Partei wenigstens hier wieder ihre alte Perspektive einnehmen und sich gegen den Bankenführer durchsetzen.

Und noch ein Widerspruch zwischen Worten und Taten: Wer Wachstumsimpluse und Klimaschutzpolitik fordert, darf im Bundesrat nicht länger unser 1,5-Milliarden-Euro-Programm zur Gebäudesanierung ablehnen. In der energetischen Gebäudesanierung liegen die größten Einspar- und Klimaschutzmöglichkeiten. Auch unter diesem Aspekt ist die letzte Bundesrats-Sitzung ein Prüfstein für die Politik- und Zukunftsfähigkeit der SPD.

Aber selbst bei seiner angeblichen Kernkompetenz liegt Steinbrück oft falsch: Wer immer wieder zitiert, die OECD oder die EU-Kommission verlangten von Deutschland den Abbau von fiskalischen Fehlanreizen für Zweitverdiener, der sollte Klartext reden. Wenn etwa die OECD von Fehlanreizen spricht, dann meint sie z.B. die kostenlose Familienmitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung

(GKV). Diese erschwert in der Tat die Arbeitsaufnahme: Nimmt der zweite Ehepartner Arbeit an, muss er auf einmal volle Beiträge zur GKV zahlen, ohne dass sich bei der Leistung etwas ändert. Konsequenterweise müsste Steinbrück also die Abschaffung der kostenlosen GKV-Mitversicherung fordern. Wir wissen nicht, was er plant - mit uns wäre das aber nicht zu machen.

Göring-Eckhardt ist Quotenfrau und dient als Feigenblatt

Die Grünen reden übrigens auch gerne von Transparenz, Offenheit und innerparteilicher Demokratie. Aber was ist daran demokratisch, wenn die Basis die Vorsitzende bei der Kandidatenkür krachend durchfallen lässt, die Delegierten des Parteitag den Basiswillen aber anschließend in sein Gegenteil verkehren und die Vorsitzende wieder auf den Schild heben? Solche Mitgliederentscheide sind das Papier nicht wert, auf dem sie stattfanden. Sie sind ein Feigenblatt, genau wie das grüne Kleeblatt aus zwei Vorsitzenden und zwei Spitzenkandidaten. Es stellt nicht die inhaltliche Breite der Grünen dar, sondern soll den Blick auf die wahren Strukturen verdecken.

Der starke Mann ist der Alt-Linke Jürgen Trittin. Katrin Göring-Eckardt erfüllt die Frauen- und Ostquote. Mehr nicht. Vieles, was über sie geschrieben steht, geht an der Wahrheit vorbei. Wer seine Mitarbeiter unter dem Sammelbegriff „Kollektiv“ führt, lebt in einer ganz anderen Welt als wir. Wir bleiben dem einzelnen Menschen verpflichtet und lehnen linke Weltverbesserungssträume

jedweder Couleur ab.

Das Bürgerliche bei den Grünen ist Fassade und herbeigeschriebenes Wunschdenken. Die Grünen wollen Stimmen von Unionsanhängern, um anschließend rot-grüne Politik gegen Unionswähler zu machen. Und wir können sicher sein: Reicht es nicht für Rot-Grün, kommen die Linken mit ins Boot. So ist auch das Motto der grünen Bundestagsfraktion zu verstehen: Uns geht's ums Ganze. Mit anderen Worten: Der Wille zur Macht ist es, der den grünen Spitzenkandidaten antreibt. Nach seinen Aussagen sind Frauen zwar das begabtere Geschlecht, am Ende müssen sie sich aber vor allem daran messen lassen, ob sie „sparsame Hausfrauen“ sind - so Trittin gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Unter diesem Blickwinkel passt seine Mit-Kandidatin mit bürgerlicher Normalfamilie, Ehemann und zwei Kindern perfekt in die Trittin'sche Rollenzuteilung als Feigenblatt und Stimmenfischerin.

Die Menschen in Deutschland wollen keine Versuchsobjekte für ein als neue Bürgerlichkeit verkleidetes linksdogmatisches Programm sein. Sie wollen übrigens auch nicht die von Herrn Özdemir erleichterte Aufnahme der Türkei in die EU, eines Landes, das laut Fortschrittsberichtes der EU-Kommission noch immer die Menschenrechte und die Religionsfreiheit mit Füßen tritt und dieser Tage darüber entscheidet, die Todesstrafe wieder einzuführen. Wer sich mit Menschenketten für Fledermäuse in Deutschland einsetzt, darf hierüber nicht hinwegsehen.

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



Gedenken zum Volkstrauertag auf dem Westfriedhof. Zuvor hatten bei einer Gedenkstunde im Landtag u.a. der Landtagspräsident Detlef Gürth, der Kommandeur des Wehrbereiches III General Heinrich Geppert sowie der Landesvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Dieter Steinecke MdL zu den Teilnehmern gesprochen und der zahlreichen Opfer der Weltkriege gedacht.

Foto: Jana Lesniak

Dieses Schulgesetz braucht kein Schüler in Sachsen-Anhalt



Nun hat der Landtag auf seiner Novembersitzung beschlossen. Mit dem vierzehnten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt werden entscheidende Veränderungen des allgemeinbildenden Schulwesens in unserem Land eingeleitet.

Zur Erinnerung: Die Verhandlungsführer von CDU und SPD legten in der Koalitionsvereinbarung fest: „Sie (d.h. die Koalitionspartner J.S.) sind sich darin einig, die Gemeinschaftsschule auf freiwilliger Basis durch gesetzliche Festschreibung als gleichberechtigte Schulform und vollwertiges Angebot in der Schullandschaft Sachsen-Anhalts zu ermöglichen. Die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule muss vor Ort getroffen werden. Schulträger und Gesamtkonferenz müssen jeweils zustimmen. Bestehende Regelungen zum Elternwunsch bleiben erhalten. Gemeinschaftsschulen entstehen durch Umwandlung bereits bestehender Schulen und führen grundsätzlich die Klassenstufen 5 bis 12, unter Berücksichtigung der Kultusministerkonferenz-Vorgaben (KMK) zur Erlangung des Abiturs. Dort kann grundsätzlich jeder allgemein bildende Abschluss erworben werden. Auf eine äußere Fachleistungsdifferenzierung wird bei Einhaltung der Voraussetzungen für eine bundesweite Anerkennung der Abschlüsse weitgehend verzichtet.“

Als Gesetz ist nun Folgendes beschlossen worden (§5b Abs.4): „Die Gemeinschaftsschule führt eine gymnasiale Oberstufe oder ermöglicht den Erwerb des Abiturs in verbindlich geregelter, konzeptionell untersetzter Zusammenarbeit mit einer an-

deren Schule. Führt die Gemeinschaftsschule eine gymnasiale Oberstufe, umfasst die Qualifikationsphase grundsätzlich die Schuljahrgänge 11 und 12; davon kann mit Zustimmung der Landesregierung abgewichen werden. Wandelt sich eine Gesamtschule in integrativer Form in eine Gemeinschaftsschule um, darf sie die Schuljahrgänge 11 und 12 oder 12 und 13 als Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe führen. Im Fall der Zusammenarbeit mit einer anderen Schule richtet sich die Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe grundsätzlich nach den für diese andere Schule geltenden Regelungen.“

Die Gemeinschaftsschule entsteht durch Umwandlung aus einer bestehenden Schule oder aus mehreren bestehenden Schulen. Unter bestimmten Bedingungen ist auch wieder die Umwandlung einer Gemeinschaftsschule in eine andere Schulform möglich. D.h. das Experiment kann auch beendet werden, allerdings nur mit Genehmigung der Schulbehörde, also letztlich des Kultusministeriums.

Gemeinschaftsschulen sollen das bestehende Schulangebot ergänzen. Sie können es aber auch ersetzen. So heißt es in §64 Abs. 2a: „Gemeinschaftsschulen ergänzen das Schulangebot [...]. Nach Umwandlung einer Sekundarschule in eine Gemeinschaftsschule muss eine weitere Sekundarschule nicht mehr vorgehalten werden. Nach Umwandlung eines Gymnasiums in eine Gemeinschaftsschule ist ein weiteres Gymnasium vorzuhalten, sofern nicht die Schulbehörde feststellt, dass die demografischen Bedingungen oder die Schulwege dies nicht erfordern. Eine Schülerin oder ein Schüler mit Wohnsitz im Schuleinzugsbereich dieser Schule kann alternativ ein Gymnasium besuchen.“

Die CDU hat damit dem SPD-geführten Kultusministerium alle Schlüssel in die Hand gegeben, Schritt für Schritt Sekundarschulen und auch Gymnasien in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Selbst die Frage, ob das Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren abgelegt wird, wird letztlich durch das Kultusministerium bestimmt. Der Kabinettsvor-

behalt ist in meinen Augen ein reines Feigenblatt. Die bittere Wahrheit ist, dass das Parlament zukünftig jeglichen Einfluss auf diesen Prozess verloren hat. Die SPD wird diese Umwandlungen nicht auf einen Schlag durchführen. Sie hat Zeit, da sie sicher sein kann, dass die CDU in den nächsten Jahren keinen Wert auf das Kultusministerium legen wird.

Das Gesetz hält eine weitere, von der Öffentlichkeit bisher weitgehend nicht bemerkte, Überraschung bereit. Die bisherige Möglichkeit für anerkannte freie Träger von Schulen, bei der Neugründung einer Schule eine, wenn auch abgesenkte, vorzeitige Finanzhilfe erhalten zu können, ist ersatzlos gestrichen worden. Es wird also für die ersten drei Jahre nach der Eröffnung der Schule keinerlei finanzielle Unterstützung seitens des Landes geben. Ferner werden gewisse Berechnungsgrundlagen verschlechtert. Man will es diesen Schulen finanziell und rechtlich schwerer machen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es dazu immer noch: „Die Koalition betrachtet die Schulen in freier Trägerschaft als eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Schulsystems. Die Koalitionspartner sichern den Schulen in freier Trägerschaft verlässliche Rahmenbedingungen und Finanzierung zu.“ Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass man es Eltern erschweren will, freie Schulen zu gründen und insbesondere auf die Gründung von Gemeinschaftsschulen mit der Gründung von freien Schulen zu reagieren. CDU-Politik kann das nicht sein.

Die Gesetzesnovelle gibt der Inklusion einen neuen Stellenwert. Hier wird es sehr darauf ankommen, den sogenannten gemeinsamen Unterricht nur so auszuweiten, wie es benachteiligten Schülerinnen und Schülern auch tatsächlich nutzt und dass die vorhandenen Regelschulen nicht vor unlösbare Aufgaben gestellt werden. Die CDU konnte erreichen, dass die gefundenen Gesetzesformulierungen das Kindeswohl und auch die materiellen Möglichkeiten nicht aus den Augen verlieren. Es heißt nun in §1 Abs. 3a: „Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förder-

bedarf und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf werden gemeinsam unterrichtet, wenn die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf dies beantragen, die personellen, sächlichen und organisatorischen Möglichkeiten vorhanden sind oder nach Maßgabe der Haushalte geschaffen werden können und mit der gemeinsamen Beschulung und Erziehung dem individuellen Förderbedarf entsprochen werden kann. Die Eltern erhalten für ihre Entscheidung über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder eine umfassende Beratung.“ Und ganz wichtig in §1 Abs. 3 „Inklusionspädagogische Inhalte sind verbindlich in die Lehrerbildung aufzunehmen. Für Schülerinnen und Schüler, die besondere Hilfen benötigen, sind Förderschulen vorzuhalten.“ Die Förderschulen werden also nicht abgeschafft, wie Linke, Grüne und Teile der SPD dieses wollen.

Richtig ist es, dass für die Datenerhebung für Schulstatistiken und für die Bildungsforschung eine rechtlich sichere Grundlage geschaffen wird. Jeder wird einsehen, dass es ohne eine aussagefähige Schulstatistik keine halbwegs sichere Schulentwicklungsplanung geben kann. Hierfür wird eine automatisierte zentrale Schülerdatei geschaffen. Auch die Bildungsforschung benötigt sicher erhobene Daten z.T. sogar über die gesamte Zeit eines Schulbesuches. Hierfür werden Schülerlaufbahnstatistiken erhoben. Die erhobenen Daten werden pseudonymisiert und anonymisiert. So wird gesichert, dass bei Auswertungen keine individuellen Rückschlüsse auf einzelne Schülerinnen und Schüler möglich sind. In anderen Forschungsgebieten, wie z.B. der Gesundheitsforschung ist dieses bereits Stand der Technik. Es wäre schön, wenn diese Daten einmal dazu beitragen könnten, auf besserer Faktenlage als bisher die Frage zu beantworten, wie gute Schule auszusehen habe.

Der Landtag hat beschlossen. Aber eigentlich brauchten wir bis auf ein paar Anpassungen kein neues Schulgesetz. Der gezahlte Preis war deutlich zu hoch. *Jürgen Scharf, MdL*

Durchs Land der Skipetaren

Albanien überrascht mit Landschaft und großer Begeisterung für Deutschland



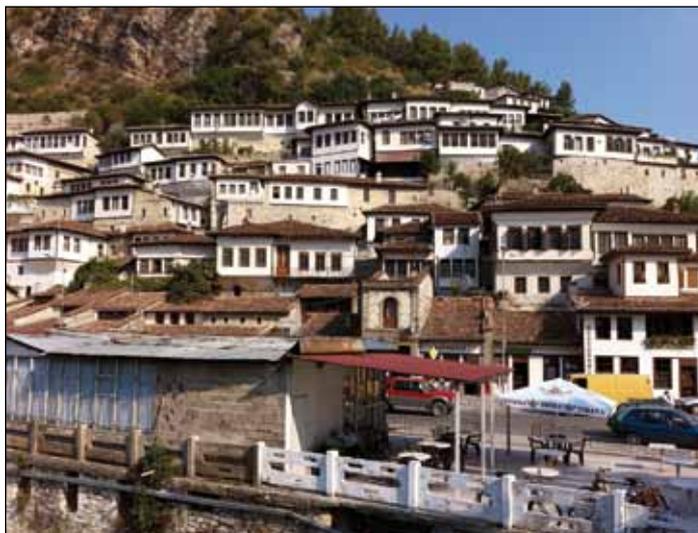
Bis 1991 war Albanien die finstere Ecke des Kommunismus in Europa. Ein- und Ausreisen waren kaum möglich. Und wegen Abweichertum kündigte Diktator Enver Hoxha zunächst der Sowjetunion und dann China die sozialistische Freundschaft.

Ganz auf sich allein gestellt, ähnlich wie heute Nordkorea, machte sich der Skipetaren-Stalin auf den Weg zur vermeintlich klassenlosen Gesellschaft. Das Resultat: Der völlige Niedergang des abgeschotteten Balkanlandes, das bis Mitte der 90er Jahre als „Armenhaus Europas“ galt. Berühmt ist aus dieser Zeit

auch Anekdoten von deutschen Fußballern, die sich an der Grenze die langen Haare stutzen lassen mussten und deren mitgebrachte „Herrenmagazine“ von Zöllnern in sozialistischen Mülleimern entsorgt wurden.

Mit all dem hat das Albanien von heute nichts gemein. Statt Statuen von Hoxha gibt es nun überall Standbilder der neuen Nationalheiligen Mutter Teresa („Nene Terese“) Und wer dorthin reist, stellt schnell fest: Die Skipetaren sind „heiß“ auf Europa – vor allem auf Deutschland – und ganz besonders auf Mercedes. Es heißt, Albanien habe die höchste Mercedes-Dichte der Welt. Vorwiegend natürlich robuste Fabrikate aus den 80er und 90er Jahren, die optimal zu den Schlagloch übersäten Pisten passen, die Skipetaren selbstbewusst Straßen nennen.

Doch jenseits dieser Wege sind die Bauten modern. In Albanien herrscht „Bonanza“. Überall überragen neue Hochhäuser die Kirchtürme und Minarette. Die prunkvollsten Bauten sind private Universitäten, denn Albanien's Jugend drängt



es nach Wissen. Das wollen sie am liebsten im europäischen Ausland gut entlohnt bekommen. Denn trotz des prozentual höchsten Wirtschaftswachstums in Europa sind die Gehälter gering.

So verdient Germanistik-Dozent Martin als Reiseleiter deutlich mehr als an der staatlichen Universität Tirana, wo er es im Monat nur auf rund 250 Euro bringt.

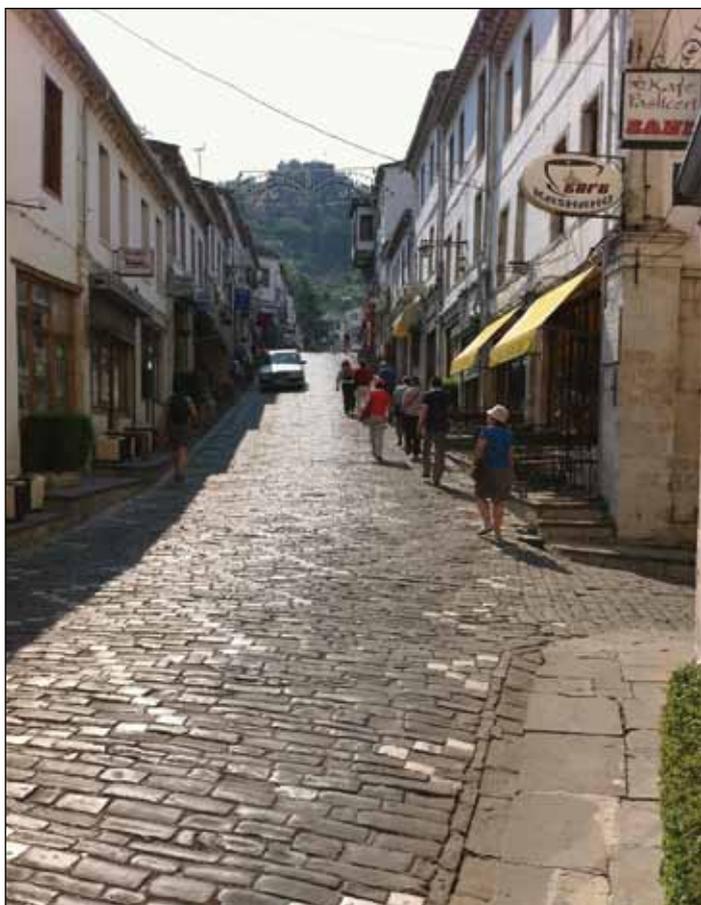
Vielleicht auch deswegen führt Martin die Fremden mit sehr viel Detailwissen und Begeisterung durch seine Heimat. Zeigt unverfälschte mittelalterliche Städte, Strände mit kristallklarem Wasser, aber auch manche Absurditäten aus der Zeit des Kommunismus. Wie die Betonbunker, die der paranoide Hoxha überall im Land bauen ließ. Die geschätzte Zahl variiert zwischen 250.000 bis 700.000.

Und natürlich hofft der Reiseleiter, dass sich der Tourismus

weiter entwickelt und das Land voranbringt. Landschaftlich und kulturell sind die Potenziale vorhanden. Von antiken Städten wie Butrint über orthodoxe Klöster wie Averica bis zum atemberaubenden Llogara-Pass. Selten findet man soviel Spektakuläres auf so engem Raum (Albanien ist in etwa so groß wie das Land Brandenburg). Allerdings: An der Infrastruktur muss gearbeitet werden. Denn nicht nur die Straßen sind grenzwertig. Auch die Züge bringen ob ihres Zustandes die Fremden zum ungläubigen Staunen.

Aber Martin ist sicher, dass die Entwicklung schnell voranschreitet. Die Skipetaren von heute sind hungrig und ehrgeizig. Und wenn der Reiseleiter die Eurokrise mit dem Satz kommentiert, „Eure Sorgen hätten wir gerne“ - weiß man als Deutscher, dass bei uns doch auf hohem Niveau gejammert wird.

Andreas Kern



Fotos: Andreas Kern

Erinnerung braucht Engagement und Ideen

Deutsches Riga-Komitee tagte in Magdeburg

An der Ostseite des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg ist zur Erinnerung an Dr. Herbert Goldschmidt einer von über 200 „Stolpersteinen“ in der Stadt zu finden. Auf einer Messingplatte im Boden ist zu lesen: „Dr. Herbert Goldschmidt, Jahrgang 1890, Bürgermeister von 1919 – 1933, 1942 deportiert, 1943 ermordet in Riga“. Goldschmidt war Jude und dort, wo der „Stolperstein“ heute an ihn erinnert, wurde er 1933 von der Gestapo aus seinen Diensträumen abgeführt. Sein Leben endete 1943 in Riga, wo er, wie über 25.000 Juden aus dem damaligen deutschen Gebiet, ermordet wurde.

In Riga erinnert seit 2001 eine Gedenkstätte im Wald von Riga-Bikernieki an die vielen tausend dort erschossenen Juden. Im Zusammenhang mit der Errichtung der Gräber- und Gedenkstätte Riga-Bikernieki, am Rande der lettischen Hauptstadt Riga, gründete sich das Deutsche Riga-Komitee. Es ist ein Zusammenschluss von 42 Städten, aus denen 1941/1942 die deutschen Juden nach Riga deportiert und ermordet wurden. Magdeburg ist im Jahr 2008 dem Komitee beigetreten. Gemeinsam will man an die Menschen erinnern, die einst mitten unter uns lebten. Sie wurden ausgegrenzt, sie wurden verschleppt und sie wurden ermordet.

Am ersten Novemberwochenende 2012 trafen sich Repräsentanten aus 12 verschiedenen Städten zum Symposium des Deutschen Riga-Komitees. Eingeladen hatten die Landeshauptstadt Magdeburg und der



Landesverband Sachsen-Anhalt im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Der Oberbürgermeister, Dr. Lutz Trümper, begrüßte die Teilnehmer des Symposiums im Ratssaal des Alten Rathauses in Magdeburg. Er erinnerte dabei auch an das Schicksal des ehemaligen stellvertretenden Magdeburger Bürgermeisters, Dr. Herbert Goldschmidt.

Prof. Volker Hannemann, stellvertretender Präsident des Volksbundes, richtete seinen Dank an die Stadt Magdeburg. Es freute ihn, dass diese nun als erste Mitgliedsstadt des Riga-Komitees gemeinsam mit dem Landesverband des Volksbundes in Sachsen-Anhalt eine Plattform zum Erfahrungsaustausch und zur fachlichen Vertiefung bietet.

Im Verlauf des Symposiums wurde in Vorträgen über die historischen Hintergründe und das Schicksal der deutschen und der lettischen jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1941/1942 im Zusammenhang mit der Deportati-

on nach Riga berichtet. Weiterhin stellten lokale Akteure und Historiker Gedenk- und Erinnerungsorte in Magdeburg vor.

Auf großes Interesse stieß zudem die Vorstellung von Projekten, die in Magdeburg, aber auch in anderen Mitgliedsstädten, durchgeführt wurden, z. B. Projekte mit Schülerinnen und Schülern des Magdeburger Hegelgymnasiums und der Sekundarschule Lerchenfeld (Schönebeck). Der Landesvorsitzende des Volksbundes in Sachsen-Anhalt, Dieter Steinecke,

zeigte sich daraufhin tief beeindruckt, mit welchem Engagement und mit welchem hohem Maß an Motivation die Schüler und Lehrer an ihren Projekten arbeiten.

Die Veranstalter und die Gäste formulierten zum Abschluss den Wunsch, dass die von Magdeburg begonnene Initiative nicht abreiße und weitere regelmäßige Treffen in den Mitgliedsstädten des Deutschen Riga-Komitees ausgetragen würden.

Am Samstagabend wurde für die Gäste das Stück „Hinter den Rosen“ aufgeführt. In dem Musikdrama von Mark Neikrug, dargeboten durch Mitglieder des Magdeburger Theaters, steht ein Überlebender des Holocaust im Mittelpunkt, der als Musiker des Lagerorchesters eingesetzt wurde und traumatisiert, bruchstückhaft und sarkastisch an die Zeit im Konzentrationslager erinnert.

Begleitend zum Symposium wurde auch die Ausstellung „Bikernieki – Wald der Toten“ im Alten Rathaus Magdeburg eröffnet.

Andreas Kern



Magdeburg wird – dank CDU-Unterstützung – ein Stückchen grüner



Seit Jahren ruft der Stadtgartenbetrieb dazu auf, einen Beitrag für ein grüneres Stadtbild zu leisten. Es spendete vor kurzem der CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Steinecke eine Silberlinde. Sie wurde von ihm aus Anlass des 80jährigen Bestehens der Siedlung Hopfengarten gestiftet und am Festplatz eingepflanzt. Der stellv. Vorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat, Reinhard Stern, hat jeweils einen Baum in der Freiherr-von-Stein-Straße und am Europaring persönlich gepflanzt. Es waren die Bäume 9 und 10, die er aus Geldern einer Sammlung zu seinem runden Geburtstag mitfinanzieren konnte.

Text und Fotos: Tobias Krull

Gedenkstunde am Magdeburger Bürgerdenkmal



Tino Sorge sprach über das Glück in einem freien Land aufgewachsen zu sein. Fotos: Jana Lesniak

Am Vortag des Tages der Deutschen Einheit veranstaltete der CDU-Kreisverband Magdeburg eine Gedenkstunde am Magdeburger Bürgerdenkmal.

Zuvor war der Versuch der Organisation einer überparteilichen Veranstaltung leider gescheitert. In seiner Begrüßung machte der CDU-Kreisvorsitzende, Tobias Krull, deutlich, welchen Mut die Menschen im damaligen DDR-Unrechtsstaat haben mussten, um offen gegen dieses Regime zu demonstrieren.

Der Landtagspräsident a.D.

und langjährige Magdeburger Beigeordnete Dieter Steinecke MdL schilderte in seiner Rede nicht nur eindrucksvoll die Aufbruchsstimmung zur Zeit der friedlichen Revolution 1989/90, sondern auch die Schwierigkeiten und Herausforderungen in der Zeit danach.

Von der Idee bis zur Verwirklichung des allein aus Spenden finanzierten Magdeburger Bürgerdenkmals als Erinnerung an diese Revolution sprach eines der Mitglieder des Kuratoriums „Magdeburger Bürgerdenkmal“ Rudolf

Evers (siehe unten stehenden Beitrag). Der ebenfalls anwesende Ratsfraktionsvorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg, Wigbert Schwenke MdL, sicherte zu, eine entsprechende Initiative zu ergreifen und diese Zusage wurde auch schon umgesetzt.

Vor dem gemeinsamen Singen der Nationalhymne sprach der stellv. CDU-Kreisvorsitzende Tino Sorge von dem großen Glück, das er hatte, als Jugendlicher und junger Erwachsener in einem freien Land aufwachsen zu können.

Renate Röhr

Rudolf Evers: „Der Tag der Einheit – Tag der Freiheit“

Der Mensch ist frei geboren und wird danach in seinem Leben nicht selten in die Knechtschaft gezwungen. Es gehört zu den natürlichsten Empfindungen des Menschen sich gegen diese Zwänge aufzulehnen, um als freier Mensch sein Dasein zu gestalten, insbesondere wenn es durch die Herrschenden zum Machtmissbrauch kommt.

Allen Aufständen und Revolutionen in Deutschland lag dieser Freiheitswille zu Grunde. Doch in all den Jahrhunderten gab es keine erfolgreiche Revolution in Deutschland, sie wurden alle blutig zusammengeschossen mit einer einzigen Ausnahme, unserer Friedlichen Revolution des Jahres 1989.

Es gibt viele besondere Ereignisse in der 1000-jährigen Geschichte unseres Volkes, doch alle sind mit Kriegen und unendlichem Leid im Volke verbunden. Unsere Friedliche Revolution brachte keine Helden und Märtyrer hervor, aber sie erfüllte die Jahrhunderte alte Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Frieden und dies, einmalig in der Welt, auf friedlichem Wege. Die nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung unserer Revolution liegt nicht nur darin, dass sie die Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege ermöglichte, sondern dass sie zu einer Entspannungspolitik unter den antagonistischen Weltmächten führte, der Beendigung des Kalten Krieges und der Abwendung eines alles vernichtenden Atominfernos. Als Hohes Gut brachten die Deutschen die Friedliche Revolution in ihre Einheit ein und konnten so



das Vertrauen der Völkergemeinschaft auch als geeintes Deutschland gewinnen. Es ist also ein Tag der Freude und wird seiner Bedeutung gemäß als gesetzlicher Feiertag gewürdigt. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist in Deutschland die einzige Stadt, die ein nur aus Spenden der Bevölkerung geschaffenes Mal des Erinnerens an die Friedliche Revolution in ihren Mauern bewahrt, an dem Jahr für Jahr der dramatischen Geschehnisse in den Herbsttagen des Jahres 1989 gedacht wird und nicht nur der mutigen Montagsdemonstranten, sondern auch der zehntausend Opfer der SED-Diktatur.

Diese Veranstaltungen wurden jedoch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur von der CDU organisiert. Allerdings von der sehr überschaubaren Teilnahme auch der Unionsmitglieder aus gesehen, erscheint es denselben wahrscheinlich als ausreichend, wenn sie den

Kanzler der Einheit in ihren Reihen wissen, statt selber mit ihrer Präsenz ihr Geschichtsbewusstsein und Patriotismus vor der Öffentlichkeit darzustellen und damit beispielgebend auf die Bevölkerung und andere Parteien zu wirken. Denn dem Gedenken des Aufstandes im Herbst '89, als es die heutigen Parteien noch nicht gab, würde eine Allparteipräsenz am ehesten gerecht werden. Der Stadtrat Magdeburgs konnte sich lediglich dazu durchringen, die Gedenkfeier am Bürgerdenkmal von Amts wegen nur alle Jubeljahre stattfinden zu lassen. Angesichts der Bedeutung dieses Tages ein schwer nachzuvollziehender Beschluss, denn der Rummel, der statt dessen jedes Jahr als Rathausfest vollzogen wird, soll zwar sein, wird aber dem sehr ernstesten Hintergrund der Friedlichen Revolution in keiner Weise gerecht. Die politische Elite der Landeshauptstadt Magdeburg, von der man anneh-

men sollte, dass sie im Stadtrat konzentriert ist, sollte sich in einem neuen Anlauf bewusst werden, dass es am Tag der Einheit nicht nur um die Ehrung der mutigen Montagsdemonstranten und des Gedenkens der Opfer geht, sondern vor allem um die im Herbst '89 erkämpften Werte, die Würde des Menschen und seine Freiheit. Diese unveräußerlichen Werte unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sind nicht nur für Politiker Maßstab ihres täglichen Handelns, sondern müssen immer wieder ins Bewusstsein eines jeden Bürgers gerückt werden.

Dies hohe Ziel zu erreichen ist eine jährliche würdige Veranstaltung unter Teilnahme aller Parteien und Repräsentanten der Stadt am dafür geschaffenen Mal des Erinnerens, dem Magdeburger Bürgerdenkmal, der rechte Ort.

Rudolf Evers
Ost- und Mitteld. Vereinigung

„Brücke am Wasserfall“ soll Name behalten



Cracauer Brücke am Wasserfall. Ein beliebtes Ausflugsziel bis in die Abendstunden.

Foto: Birgit Uebe

Den ostelbischen Stadtteil Cracau und den Rotehornpark trennt ein alter Elbarm mit dem Cracauer Wehr. Alteingesessene Magdeburger können sich noch daran erinnern, dass in den 60er und 70er Jahren ein Fährmann übersetzte, um Spaziergänger auf die Insel und zurück zu bringen.

Seit dem 1. Dezember 1997 überspannt eine wunderschöne Pylonbrücke das Cracauer Wehr, das als „Cracauer Wasserfall“ bekannt ist, und verbindet so den ostelbischen Stadtteil direkt mit dem Rotehornpark.

Die viel genutzte und bei Anglern und Spaziergängern beliebte Brücke wurde schnell zu einem Wahrzeichen des Stadtteils und heißt sowohl im Volksmund als

auch in der Berichterstattung von Beginn an „Brücke am Wasserfall“.

Die in unmittelbarer Nähe am Ufer gelegenen Einrichtungen der Kindertagesstätte „Kumquats“ am Wasserfall und der Förderschule „Am Wasserfall“ unterstreichen eine mittlerweile seit fünfzehn Jahre geläufige Namensgebung der Brücke als „Brücke am Wasserfall“.

Im Stadtrat liegt nun ein Antrag vor, der Brücke den Namen „Thorsten-Lamprecht-Brücke“ zu geben. Als CDU Ostelbien würden wir gerne den Namen der „Brücke am Wasserfall“ erhalten, da vieles dafür spricht, eine aus der Mitte der Bevölkerung kommende Benennung zu bewahren.

Zugleich unterstützen wir

ausdrücklich das Anliegen, für Thorsten Lamprecht einen nachhaltigen Ort der Erinnerung zu schaffen. Thorsten Lamprecht wurde im Alter von 23 Jahren bei einem Angriff rechtsextremistischer Jugendlicher in der Cracauer Gaststätte „Elbterrassen“ am 9. Mai 1992 lebensgefährlich verletzt und verstarb zwei Tage später an den Folgen dieses Angriffes.

Das „Bündnis gegen Rechts“ hat zum Beispiel vorgeschlagen, im Bemühen um dauerhafte Formen des Gedenkens einen Gedenkstein zu errichten. Vorstellbar ist auch, eine Gedenktafel an der Ufermauer anzubringen, unterhalb der Stelle, an der früher die Elbterrassen gelegen waren.

Dr. Beate Bettecken

JU-Landestag

Ende November führte die Junge Union Sachsen-Anhalt ihren diesjährigen Landestag in Gardelegen/Ortsteil Zichtau durch. Der politische Nachwuchs setzte sich mit dem Leittrag „Netz- und Medienpolitik mit Augenmaß statt Augenklappe“, mit den aktuellen Veränderungen in der Medienlandschaft und auseinander. In dem dann beschlossenen Papier wird u. a. vor einer digitalen Spaltung gewarnt und leistungsfähige Internetanschlüsse als moderne Form der Daseinsfürsorge definiert.

Bei den Wahlen wurde mit 90% der 33jährige Ingenieur Sven Schulze in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Als eine der drei stellv. Landesvorsitzenden wurde die Magdeburger JU-Kreisvorsitzende Freya Gergs wiedergewählt.

Vor den Wahlen gab es zahlreiche Grußworte so u. a. von der stellv. CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Gabriele Brakebusch sowie der neuen Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft, Dr. Tamara Zieschang.

Offiziell aus der JU verabschiedet wurden der ehemalige Präsident des JU-Bundesschiedsgerichts, Tino Sorge, und das langjährige JU-Landesvorstandsmitglied Tobias Krull. Für den Letztgenannten gab es nicht nur stehenden Applaus aller Anwesenden sondern u. a. auch die CD „Gesund und Sportlich im Alter“. Jana Lesniak



Zum 21. Rathausfest anlässlich des Tages der Deutschen Einheit präsentierte sich die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg den Magdeburgern mit einem Infostand im Rathaus. Dank der Unterstützung vieler Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Magdeburg konnten die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Arbeit der Fraktion und die aktuellen Themen im Magdeburger Stadtrat informiert werden. Traditionell gab es auch ein kniffliges Preisrätsel und eine Bürgerin aus Sudenburg konnte sich über den Gewinn, einen Büchergutschein, freuen.

Fotos: Tobias Krull

Wie geht es weiter mit der städtischen Infrastruktur?



Mit diesem Thema beschäftigte sich eine Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes Mitte. Auf Einladung des stellv. Ratsfraktionsvorsitzenden Reinhard Stern standen der Magdeburger Baubeigeordnete Dr. Dieter Scheidemann und der Tiefbauamtsleiter Thorsten Gebhardt hierzu Rede und Antwort. So wurde umfänglich der aktuelle Sachstand zur Eisenbahnüberquerung Ernst-Reuter-Allee sowie zur geplanten Verlängerung des Strombrückenzuges dargestellt.

Der volle Versammlungsraum zeigte wie groß das Interesse an diesem Thema war.

In der sehr intensiven Diskussion die vom CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Dr. Michael Lehmann geleitet wurde, wurde auch bei teilweise unterschiedlichen Auffassungen eines ganz deutlich, die demokratisch beschlossene Infrastrukturprojekte müssen realisiert werden. Denn eine Stadt lebt auch davon, dass sie leistungs- und zukunftsfähige Verkehrswege besitzt. *Tobias Krull*

Aufbau Ost hat mit der CDU einen starken Partner

Zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober erklärt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe:

Der 3. Oktober 1990 war einer der schönsten Tage der deutschen Geschichte. Die erzwungene jahrzehntelange Teilung unseres Vaterlandes fand ein glückliches Ende. Deutschland konnte in Frieden und Freiheit seine Einheit feiern. Voller Freude und Dankbarkeit erinnern wir an diesen besonderen Tag, für den die CDU stets gekämpft hat. Auf das, was in den zurückliegenden 22 Jahren zwischen Ostsee und Erzgebirge erreicht wurde, können wir stolz sein.

Dank einer umsichtigen Politik der von Angela Merkel geführten Bundesregierung wurde die Phase des rot-grünen Stillstands in den neuen Ländern beendet. Die Arbeitslosigkeit ist heute in weiten Teilen Ostdeutschlands nur noch halb so hoch wie unter der Regierung Schröder. Auch während der Wirtschaftskrise setzte sich der Prozess der wirtschaftlichen Angleichung fort. Trotz rückläufiger Solidarpakete steigt die Beschäftigung weiter an. Das zeigt: Der Aufbau Ost



geht weiter, und er hat in der CDU-geführten Bundesregierung einen starken Partner. Es gilt, gemeinsam weiter anzupacken.

Dabei setzen wir vor allem auf Investitionen in Innovationen. Mit ihnen stärken wir die technologische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kompetenz in den neuen Ländern und schaffen die Grundlage für noch mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Der Erfolg gibt uns Recht: In vielen Regionen wurde die langjährige Abwanderung gestoppt. Wir freuen uns, dass die neuen Länder heute wieder so attraktiv sind, dass auch junge Menschen sich bewusst für ein Studium oder einen Job dort entscheiden. Das ist gelebte deutsche Einheit.

Wir gratulieren recht herzlich

im Oktober zum

- 84. Geburtstag Günter Schwenke
- 75. Geburtstag Hans-Dieter Haake
- 74. Geburtstag Adolf Kirschner

- 74. Geburtstag Horst Luding
- 73. Geburtstag Horst Seifert
- 70. Geburtstag Lothar Melzer

- 70. Geburtstag Rolf Frommhagen
- 69. Geburtstag Beate Bautz
- 69. Geburtstag Dr. Jürgen Siebert
- 65. Geburtstag Prof. Dr. Christof Huth

im November zum

- 86. Geburtstag Ursula Sens-Schönfelder
- 82. Geburtstag Heinz Liese
- 74. Geburtstag Wilfried Bautz

- 73. Geburtstag Erika Erndt
- 68. Geburtstag Rita Menz-Schüler
- 68. Geburtstag Gunter Schindehütte
- 65. Geburtstag Eckhardt Meyer

im Dezember zum

- 100. Geburtstag Erika Hollenberg**
- 84. Geburtstag Christa Wolter
- 82. Geburtstag Isolde Scholz

- 82. Geburtstag Gerhard Janke
- 77. Geburtstag Bernadette Kulesa
- 76. Geburtstag Joachim Marckstadt

- 75. Geburtstag Ute Raabe
- 72. Geburtstag Werner Kühnel
- 70. Geburtstag Herbert Becker

- 67. Geburtstag Dr. Doris Madzek
- 66. Geburtstag Werner Jahr
- 65. Geburtstag Marion Kramer
- 65. Geburtstag Wolfgang Löw

Michael Hoffmann führt weiterhin CDU Sudenburg

Ortsverband will „stark vor Ort“ sein



Michael Hoffmann bleibt für weitere zwei Jahre Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Sudenburg. Die Mitglieder bestätigten den 51-Jährigen einstimmig in seinem Amt. Ebenfalls einstimmig wurden die stellvertretenden Vorsitzenden Silke Buschmann und Frank Klinge wiedergewählt. Als Beisitzer gehören Fabian

Herrmann, Andreas Kern, Jörg Lauber, Karsten Sorgartz und Klaus-Dieter Theise dem Vorstand an.

Der Versammlungsleiter, CDU-Kreisverbandschef Tobias Krull, gratulierte allen Gewählten herzlich und würdigte die zahlreichen lokalen Initiativen, die der Ortsverband in den

vergangenen Jahren gestartet habe. Ausdrücklich nannte er den „Sudenburger Grüngipfel“ sowie den Einsatz des Ortsverbandes für eine bessere Versorgung mit schnellem Internet.

Hoffmann kündigte an, auch künftig lokale Themen aufzugreifen. „Der Ortsverband Sudenburg will stark vor Ort sein.“ Deswe-

Im Rahmen einer Ortsverbands-sitzung wählten die Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Sudenburg/ Friedenshöhe turnusgemäß einen neuen Vorstand. Wiedergewählt zum Ortsverbandsvorsitzenden wurde Stadtrat Michael Hoffmann (3.v.r.). Ihm zur Seite stehen als seine Stellvertreter Silke Buschmann und Frank Klinge (r.). Zu Beisitzern wurden Fabian Herrmann, Andreas Kern (3.v.l.), Jörg Lauber (mitte), Karsten Sorgartz (2.v.l.) und Klaus-Dieter Theise (l.) gewählt.

Foto: Manuel Rupsch

gen seien regelmäßige Gespräche und gemeinsame Initiativen mit Bürgern und lokalen Gewerbetreibenden feste Bestandteile der Arbeit. Gleichzeitig wolle man den Mitgliedern auch „Highlights“ wie Betriebsbesichtigungen und Gespräche mit Politikern aus der Landespolitik anbieten.

Andreas Kern

Festlicher CDU-Ball am 13. Oktober im Maritim-Hotel



Zum traditionellen CDU-Ball lud der Kreisverband Mitte Oktober. Im Magdeburger Maritim-Hotel erwarteten die Teilnehmer nicht nur kulinarische Genüsse sondern auch die Band GOLLE LIVE und das Tanzbein wurde reichlich geschwungen. Umwelt- und Landwirtschaftsminister Dr. Onko Hermann Aikens mit Gattin mischte sich unter die Gäste und genoss sichtlich einen stilvollen Abend.

Fotos: Manuel Rupsch



Energiewende: Energie muss auch in Zukunft bezahlbar sein

Im Rahmen der beschlossenen Energiewende wird das Thema Energieversorgung noch stärker als in der Vergangenheit die (weltweite) Diskussion der nächsten Dekaden bestimmen. Immer deutlicher wird, dass sich das ehrgeizige Projekt Energiewende in Deutschland bei der konkreten Umsetzung schwieriger als gedacht darstellt. Denn mit dem alleinigen Ausstieg aus der Atomkraft ist es nicht getan. Vor dem Hintergrund kontinuierlich steigender Strompreise, u.a. aufgrund der EEG-Umlage, geht es darum, dass Strom auch weiterhin bezahlbar bleibt – nicht nur für private Haushalte, sondern gerade auch für unsere heimische Industrie. Denn Niemandem ist geholfen, wenn insbesondere energieintensive Industriezweige in Sachsen-Anhalt, wie beispielsweise die chemische Industrie, die metallverarbeitende Industrie, infolge steigender Energiepreise aus unserer Region abwandern und wertvolle, gut bezahlte Arbeitsplätze verloren gehen.

Steuern und Umlagen stellen mittlerweile 50 Prozent am Strompreis dar. Hier ist die Bundespolitik gefordert, dämpfend auf die Preisentwicklung einzuwirken. Das EEG muss angepasst werden,



Bundestagsdirektkandidat Tino Sorge mit Bundesumweltminister Peter Altmaier beim CDU-Landesparteitag.

Foto: privat

damit Strom für Bürger, Kommunen und Unternehmen bezahlbar bleibt.

Bundesumweltminister Peter Altmaier hat daher jüngst (u.a. beim CDU-Landesparteitag in Leuna) angekündigt, die Energiewende besser koordinieren zu wollen. Gerade bei den Schwerpunkten Einspeisevergütung, Netzausbau, Speicherung sollen alle beteiligten Akteure im Bund und den Ländern künftig stärker an einem Strang ziehen.

Notwendig ist eine grundlegende Reform des Erneuerbare-

Energien-Gesetzes, gerade weil der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller erfolgt, als ursprünglich angenommen. Um die Energiewende erfolgreich zu schaffen, soll der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung zwar auch künftig steigen (40 % bis 2020 und 80% bis 2050). Wichtig ist aber, dass der Zubau gleichmäßiger und koordinierter als bisher erfolgen muss.

Bei der Diskussion um die Erreichung der gesetzten Ziele gehört auch, dass diese bundesweit nur erreichbar sein werden,

wenn der Netzausbau zügiger als bisher voranschreitet. Dies ist gerade für Sachsen-Anhalt als „Musterlände“ bei der Erzeugung erneuerbarer Energien und Stromexporteur wichtig. Damit der regenerativ erzeugte Strom auch in anderen Bundesländern Abnehmer findet, sind neue und modernisierte Stromnetze von Nord nach Süd und von Ost nach West erforderlich. Die Herausforderung liegt somit auch darin, den regenerativen Strom verlässlich ins Netz einzuspeisen und nicht durch planlose Erweiterungen die Netze zu destabilisieren.

Denn die Energiewende bietet für Sachsen-Anhalt vielfältige Chancen. Magdeburg hat sich zum Leuchtturm-Produktionsstandort für Komponenten zur Erzeugung erneuerbarer Energien etabliert und ist mittlerweile eines der Zentren der deutschen Windkraftanlagenproduktion. Die in der Bevölkerung dementsprechend hohe Akzeptanz regenerativer Energieträger sollte nicht dadurch aufs Spiel gesetzt werden, dass zu teure Energie zu Standortnachteilen für die Unternehmen einerseits und unbezahlbarer Energie für den privaten Verbraucher andererseits führt.

Tino Sorge
stellv. Kreisvorsitzende

Instrumente für Sarajevo

Im Rahmen des diesjährigen Rathausfestes am 3. Oktober 2012 informierte Stadtrat Andreas Schumann die Magdeburger über die von ihm mit initiierte Aktion „Instrumente für Sarajevo“.

Diese Aktion dient dazu intakte oder leicht beschädigte, aber funktionstüchtige Instrumente für musikbegeisterte Kinder in Magdeburgs Partnerstadt Sarajevo zu sammeln. Diese sollen dann per Autotransport zur Musikschule der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas gebracht werden.

Frauen Union spendet 2012 an Mutter Teresa Haus



Einige Vertreterinnen der Frauen Union des CDU-Kreisverbandes Magdeburg haben am 24. November 2012 bereits „Weihnachtsmann“ gespielt.

Vier Wochen vor der üblichen Bescherung durch das Christkind, durfte sich die caritative Einrichtung Magdeburg „Mutter Teresa“, ein Gemeinschaftsprojekt der Caritas, des Kolping Bildungswerkes und des Malteser Hilfsdienstes,

bereits über die ersten Geschenke freuen.

Wie in den Jahren zuvor, so haben auch in diesem Jahr wieder viele fleißige Helferinnen der Frauen Union kräftig im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis um Spenden geworben. Dabei geht es nicht in erster Linie um finanzielle Unterstützung, sondern um Sachspenden.

Laut Adelheid Bornholdt, Lei-

terin des Jugend- und Sozialzentrums „Mutter Teresa“, werden in dieser Jahreszeit besonders warme Kleidung, Schlafsäcke und warme Decken benötigt. Wer sich also noch von gut erhaltenen wärmenden Stücken aus seinem Kleiderschrank trennen möchte, um vielleicht Platz zu schaffen für Neues, kann sich gerne an sie und ihre Mitarbeiterinnen vor Ort wenden.

Auch Kinderkleidung ist sehr willkommen. Diese bittet Frau Bornholdt zu separieren, um die Sachen schnellstmöglich und direkt an die ortsansässige Kinder- und Jugendeinrichtung übergeben zu können und auch ihre Augen zum Leuchten zu bringen.

Die Abgabe von Spenden kann in der Einrichtung, Am Charlottentor 31, 39114 Magdeburg / Cracau, täglich erfolgen. Eine Voranmeldung unter 0391 8185851 hilft bei der Planung.

Peggy Hommel
Stellv. Vorsitzende FU

Klein KPV-Landesvorsitzender



Magdeburg: Bei der Neuwahl des Vorstandes der Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Sachsen-Anhalt (KPV) am 14.11.2012, wurde der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Stadtrat von Sangerhausen Dieter Klein (60 Jahre) erneut zum Vorsitzenden gewählt. Er gehört u.a. auch dem Vorstand des Demografiebeirates des Landes Sachsen-Anhalt an. Zu seinen Stellvertretern wurde die stellv. CDU-Landesvorsitzende Heike Brehmer MdB (50) sowie der Magdeburger CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull (35) gewählt.

Wiedergewählt zum Schatzmeister wurde der Magdeburger Ruheständler Herbert Becker. Zu Beisitzern wurde der Landkreismitarbeiter Erich Eckart (Saalekreis), der Ratsfraktionsmitarbeiter Torsten Pyka (Halle/Saale), der Magdeburger Stadtrat Hubert Salzborn, der Beigeordnete a.D. Heinz-Jürgen Twartz (Stendal) sowie der Masterstudent Marcus Weise (Harz) gewählt.

Zur Arbeit der KPV Sachsen-Anhalt erklärt der wiedergewählte Vorsitzende Dieter Klein:

„Die KPV Sachsen-Anhalt hat es sich zum Ziel gesetzt die Interessen der Kommunen klar zu

vertreten. Dazu gehört es, dass der Grundsatz der Subsidiarität tatsächlich auch Anwendung findet und damit die Gemeinden und ihre Vertreter in ihrer Arbeit gestärkt werden. Deshalb beteiligen wir uns aktiv an den Diskussionsprozessen bei Vorhaben die die Gemeinden, Städte und Landkreise betreffen. Zuletzt auch beim Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Darüber hinaus wollen wir die Vernetzung der ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker weiter vorantreiben. Denn allein die demografischen Entwicklung stellt die Verantwortungsträger vor Ort vor große Herausforderungen und es ist gut und notwendig die gemachten Erfahrungen gegenseitig auszutauschen.“

Auf der Versammlung wurde auch die Resolution „Gemeinden stärken – Subsidiarität ernst nehmen“ beschlossen. Hierin wird die konsequente Beachtung der Interessen der Gemeinden bei Gesetzesvorhaben.

Die KPV Sachsen-Anhalt versteht sich als Interessenvertretung aller kommunalpolitisch Interessierten, insbesondere der ehren- und hauptamtlichen CDU-Mandatsträger vor Ort.

KPV Sachsen-Anhalt



Ende November fanden ein paar handfeste Bayern den Weg in den Landtag von Sachsen-Anhalt. Angeführt wurde die Gruppe der CSU Augsburg vom Stadtrat Tobias Schley sowie dem stellv. CSU-Bezirksvorsitzenden Dr. Volker Ulrich. Nach einer Führung durch den Landtag gab es die Möglichkeit, Wigbert Schwenke und dem Ratsfraktionsgeschäftsführer Tobias Krull einige Frage zu stellen. Und diese wurde auch reichlich genutzt, so zur demografischen Entwicklung oder zur Meinung über den Länderfinanzausgleich. Als Dank gab es dann noch ein typisch bayrisches Geschenk. Einen großen Bierkrug verbunden mit dem Versprechen diesen beim Gegenbesuch in Augsburg zu füllen. Zum Besuchsprogramm der CSU-Reisegruppe gehörte auch ein Gespräch mit dem Innenstaatssekretär Prof. Dr. Ulf Gundlach. Selbstverständlich stand ein Besuch der Landesausstellung „Otto der Große und das Römische Reich“ auf der Agenda. Dass Magdeburg soviel zu bieten hat, wusste ich gar nicht, so ein Resümee eines der Reisetilnehmer. Foto: Tobias Krull



Am 26.11.2012 nahm Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Dr. Hermann Onko Aikens an der traditionellen Stollenprüfung im Allee-Center teil. 32 Stollen wurden von der Jury des Landesinnungsverbandes des Bäckerhandwerks getestet. Der Minister zeigte sich von der Backkunst der heimischen Betriebe angetan: „Die Geschmacksorten beweisen, dass der Stollen auch im Jahr 2012 nichts von Faszination verloren hat. So wird es dem Bäckerhandwerk immer wieder gelingen, uns in der Vorweihnachtszeit zu einem lukullischem Sündenfall zu verführen.“

Foto: Jana Lesniak

Dr. Beate Bettecken bleibt Ortsverbandsvorsitzende



Ende November wählte der CDU-Ortsverband Ostelbien turnusgemäß einen neuen Vorstand. Einstimmig wiedergewählt wurde zur Ortsverbandsvorsitzenden die Leiterin des Zentralen Leitungsstabes im Ministerium für Inneres und Sport Dr. Beate Bettecken.

Auch ihre Stellvertreterin Christin Rother wurde im Amt bestätigt. Zum weiteren stellv. Ortsverbandsvorsitzenden wurde der Pechauer Ortschaftsrat Markus Fleck gewählt.

Die Beisitzer Peggy Hommel, Stadtrat Jens Ansorge und Manuel

Rupsch vervollständigen den Ortsverbandsvorstand.

Der Ortsverband will gezielt Themen aufgreifen, die Bürger in Ostelbien betreffen. So der „Dauerbrenner“ Hochwasserschutz sowie die dringend benötigte Strombrückenverlängerung.

Auf Anregung des Stadtrates Jens Ansorge soll darüberhinaus eine Bürgerbefragung zur möglichen Benennung des im Volksmund als „Brücke am Wasserfall“ bekannten Bauwerks erfolgen.

Kreisverband Magdeburg



Birgit Uebe | Medien- und Eventdesign

Der Stern

Hätt einer auch fast mehr Verstand
Als wie die drei Weisen aus Morgenland
Und ließe sich dünken, er wär wohl nie
Dem Stemlein nachgereist wie sie;
Dennoch, wenn nun das Weihnachtsfest
Seine Lichtlein wonniglich scheinen läßt,
Fällt auch auf sein verständig Gesicht,
Er mag es merken oder nicht,
Ein freundlicher Strahl
Des Wundersternes von dazumal.

Wilhelm Busch

Im Namen der CDU Magdeburg wünschen wir Ihnen und Ihren Lieben ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein gutes und erfolgreiches Jahr 2013.

Tobias Krull
CDU-Kreisvorsitzender

Doris Memmler
CDU-Kreisgeschäftsführerin